

2. Mai 1933

SWG! 1000

Tatsachen und Lehren

Ersterscheinen im Verlag Tribüne Berlin DDR 1963
Neudruck kommunisten.ch 2018

Der Neudruck dieser Broschüre kann zum Selbstkostenpreis von CHF 6 bestellt werden bei verlag@kommunisten.ch

Was hat es mit dem 2. Mai 1933 auf sich?

Was war das Besondere an diesem Tag? Warum wirft eine 1963 erschienene Schrift einer DDR-Historikergruppe ihr Licht gerade auf diesen Tag? Es waren immerhin schon drei Monate vergangen seit dem 30. Januar, als Hitler von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden war. Unmittelbar nach der Machtübertragung an die Nazis beschloss der Hitlerfaschismus schärfste Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei Deutschlands. Zunächst wurden alle Demonstrationen der KPD verboten. Per Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ wurden Schutzhaftbefehle gegen die Nazigegner erlassen und Versammlungs- und Presseverbote für die Organisationen der Arbeiterklasse erteilt. Mit der Übertragung der faktischen Polizeigewalt an die SA- und SS-Horden nahm die Hetzjagd auf antifaschistische Arbeiter und ihre Organisationen neue Dimensionen an, vor allem nach dem Brand des Reichstagsgebäudes. In dieser Zeit wurden auch die ersten Konzentrationslager erstellt.

Aber der Hitlerfaschismus sass bei allem Terror noch nicht fest im Sattel, seine Macht war noch nicht konsolidiert. Die Gleichschaltung, zum Beispiel auch der Justiz, war noch längst nicht abgeschlossen, wie sich dann im September des gleichen Jahres am Reichstagsbrandprozess zeigen sollte, wo es Georgi Dimitroff schaffte, die anklagenden Nazis in die Enge zu treiben, so dass er wie die übrigen Mitangeklagten von der Lubbes freigesprochen werden musste. Die KPD war zwar verboten, arbeitete aber im Untergrund. Die Schrift erinnert daran, dass die Massen der Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen antifaschistischen Arbeiter in Abwehrstellung verharrten und auf das gemeinsame Signal der Führungen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften warteten, um den entscheidenden Kampf mit dem Faschismus aufzunehmen. Die KPD hatte der SPD schon am 30. Januar einen Vorschlag für ein gemeinsames Vorgehen in einem Generalstreik unterbreitet. Und sie hatte das schon im Juli 1932 getan, als Reichskanzler von Papen mit einem Staatsstreich von oben die sozialdemokratische preussische Regierung verjagte. Und diese liess das widerstandslos mit sich geschehen, obwohl sie über ein 100 000-köpfiges Polizeikorps verfügte.

Aber nun stand der internationale Kampftag der Arbeiterklasse gegen Unterdrückung und Ausbeutung vor der Tür, der 1. Mai 1933. Wird da nun endlich das langersehnte Signal der Aktionseinheit gegeben? Wird auf die Provokation der Nazis, den 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ mit faschistischen Massenveranstaltungen umzufunktionieren, endlich reagiert? Überall im Land liessen sich lokale und regionale Gewerkschafts- und Parteigruppierungen vernehmen, organisierten Gegendemonstrationen und Einheitsfrontausschüsse. Aber die nötige Einheitsaktion auf nationaler Ebene fand nicht statt. Die Führungen des Gewerkschaftsbundes und der SPD lehnten die von den Kommunisten wiederholt ange-

botene Aktionseinheit weiterhin ab und hofften stattdessen, sich mit dem Faschismus irgendwie arrangieren zu können. Die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes rief die Arbeiterschaft gar auf, sich statt an den verbotenen 1.-Mai-Demonstrationen der Gewerkschaften „standesgemäss“ an den Aufmärschen zum Feiertag der nationalen Arbeit der Nazis zu beteiligen. Die SPD verkündete am 2. Mai ihren Austritt aus der Sozialistischen Internationale und hoffte so – vergeblich – ihren Kopf zu retten. Die Verzweiflung an der Basis muss gewaltig gewesen sein.

Deutschland wurde nicht am 30. Januar 1933 definitiv an den Faschismus verloren, sondern am 2. Mai. Das wäre die letzte Chance gewesen, den Faschismus mit gemeinsamer Kraft hinwegzufegen. Die Chance wurde von den verantwortlichen Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nicht genutzt. Die Nazis nahmen das zur Kenntnis und setzten am 2. Mai die lange geplante endgültige Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Institutionen brutal um. Die Arbeit der Historiker dokumentiert diesen verhängnisvollen Tag, was uns Anlass war, die Schrift wieder neu zugänglich zu machen. „Tatsachen und Lehren“ ist die Broschüre betitelt. Der Preis, der aus solchem Versagen zu ziehen ist, ist zu gross, als dass die Tatsachen dem Vergessen anheim fallen dürfen. Darum ist es das Büchlein wert, weiter gelesen zu werden. Auch, um die Tatsachen zu kennen, wenn regelmässig behauptet wird, das Versagen im Widerstand gegen die Nazis sei auf das Verhalten der Kommunisten zurückzuführen.

Die Autoren hatten 1963 ihre Arbeit im Bewusstsein verfasst, in einem Staat zu leben, in dem diese Lehren gezogen geworden sind und der eine Wiederholung dieser Fehler, mindestens auf seinem Gebiet, unmöglich macht. Diesen Staat aber gibt es nicht mehr. Er ist, auch aus eigenem Verschulden, wie andere der Konterrevolution zum Opfer gefallen. Seither sind fast genau wieder so viele Jahre verflossen, wie es dem zeitlichen Abstand entspricht, mit dem die DDR-Historiker auf den 2. Mai 1933 zurückgeblickt hatten. Und wieder sind Lehren aus Fehlern zu ziehen.

Verlag kommunisten.ch, April 2018

Was geschah am 2. Mai 1933?

Nachdem Adolf Hitler im Auftrage der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des deutschen Imperialismus am 30. Januar 1933 die Macht an sich gerissen hatte, folgten täglich Maßnahmen und Schritte, um alle demokratischen Kräfte und Möglichkeiten des Volkes, besonders der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, zu beseitigen und zu zerschlagen.

„Mit der Hitlerpartei übernahm jene Partei die Macht, die mit ihrer Abenteuerlichkeit, ihrem Terror gegen die Volksmassen, ihrem wilden Revanchismus und Antisowjetismus und ihrer hemmungslosen nationalen Demagogie den Klasseninteressen der reaktionärsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals am meisten entsprach. Die faschistische Herrschaft war die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des deutschen Finanzkapitals. Der Hitlerfaschismus richtete seinen Hauptstoß sofort gegen alle demokratischen Kräfte, in erster Linie gegen die Kommunisten.

Der von der Naziregierung inszenierte Reichstagsbrand diente als Signal für den ungehemmten Terror gegen die KPD und alle Antifaschisten.“

(Aus: „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, X. Kapitel. In: „Einheit“, Sonderheft, August 1962, Seite 131–132.)

Bereits am 1. Februar 1933 beschloß die Hitlerregierung schärfste Maßnahmen gegen die KPD. Alle Demonstrationen der KPD wurden verboten. Am 4. Februar 1933 wurde die Notverordnung „Zum Schutze des deutschen Volkes“ erlassen. Auf Grund dieser Notverordnung konnten Schutz-Haftbefehle gegen jeden fortschrittlichen Menschen, Versammlungs- und Presseverbote für die Organisationen der Arbeiterklasse erteilt werden. Jede Kritik an der Regierung und ihren Maßnahmen wurde unter Strafe gestellt. Von dieser Verordnung wurde vor allem die Kommunistische Partei und ihre Presse betroffen.

Am 17. und 22. Februar erschienen Verordnungen, die den Terror der faschistischen Horden gegenüber der Arbeiterklasse unter Polizeischutz stellten. Die braunen Mordbanden der SA, der SS und des Stahlhelms wurden in eine sogenannte „Hilfspolizei“ umgewandelt. Das war eine Blankovollmacht zum Mord an den Hitlergegnern. Die Hetzjagd auf antifaschistische Arbeiter und ihre Organisationen ging nunmehr vom faschistischen Staat „gesetzlich angeordnet“ vor sich.

Die faschistische Propaganda- und Terrorwelle nahm Mitte Februar 1933 bis dahin nie gekannte Ausmaße an. Tag und Nacht reiste der braune Mord durch Städte und Dörfer. In allen deutschen Ländern entstanden Konzentrationslager. Zu Tausenden wurden Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und fortschrittliche Intellektuelle von den SA- und SS-Banden verhaftet, unmenschlich mißhandelt und zu Tode gequält.

GENERALSTREIK

gegen die faschistische Terrorherrschaft!

**Hitler Reichkanzler, Papen Vizekanzler, Hugenberg
Wirtschaftsdiktator, die Frick und Goebbels an der
Spitze der Polizei, Stahlhelmmann Seite Arbeitsminister**

Dies war Inhalt der offenen faschistischen Diffamierung die denfalls und unerhöhlte Kriegserklärung an die deutsche Arbeiterklasse, an das wertvolle Volk. Die Vertragsunterbrechung des „sozialen Generalstreiks“ hat zu Ende. Die Forderung der Streik, der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Arbeiterklasse ist die Voraussetzung der neuen Geschichte ihrer Existenz in unserer Revolution ist enthalten. An die Spitze der „sozialen“ Forderungen muss die Forderung der Selbstbestimmung und die Freiheit der Arbeit

braden 21. und 22. Februar. Sowjetische Arbeiter und internationaler Arbeiter der deutschen Arbeiterklasse getrennt von der letzten Geschichte der Arbeiterklasse. Sowjetische Arbeiter sind auf den imperialistischen Krieg. Das alles ist unumkehrbar. Die Partei der deutschen Arbeiterklasse, die Partei der Arbeiter gegen Lohnraub, der Fortsetzung der Fortsetzung aller Arbeiterklasse, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus.

Die KPD will man verbieten:

*Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD,
die Massenorganisation die den Kampf gegen Lohnraub und Un-
ternehmerwillkür führt, die RSO, soll verboten werden.*

Dies faschistische Verbot soll den Kampf auf die volle Befreiung aller Arbeiter-Organisationen enthalten.

Das Verbot der faschistischen Terror-Regime des Faschismus wird in Deutschland aufgeführt. Wenn, das nicht ist, das die Arbeiter der deutschen Arbeiter, die Arbeiter der Arbeiter und armer Arbeiter, der Arbeiter in Staat und Land der Arbeiter durchzuführen. Geht auch zur Arbeit gegen die Arbeiter und den Kampf der faschistischen Arbeiterklasse, der Arbeiter und gegen die faschistische Arbeiter der faschistischen Arbeiter.

Heraus auf die Straße! Legt die Betriebe still!

Heraus auf die Straße! auf den Kampf der faschistischen Arbeiter und den Staat!

mit dem Arbeiter!

mit dem Generalstreik!

Arbeiter und Arbeiterinnen, Jugendlicher, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen auf allen Straßen und in allen Betrieben: Geht den Generalstreik — gegen die faschistische Arbeiter!

Geht heraus mit einem kommunistischen Arbeiter in allen Betrieben, den Staat, den Arbeiter, den Generalstreik durch!

Geht den Kommunisten die Arbeiter, armer Arbeiter auf den Kampf, den Arbeiter, die Arbeiter in allen Betrieben für Unterstützung des Kampfes für die Arbeiterklasse zu mobilisieren.

Befreiung der Arbeiterklasse!
Befreiung der Arbeiterklasse!
Wählt Arbeiterklasse und Arbeiterklasse.
Organisiert den Kampf!

Die kommunistische Partei Deutschlands vertritt sich von der proletarischen Arbeiterklasse mit dem Kampf gegen!

an den KPD

an den Arbeiter

an die SPD

und die faschistischen Arbeiterklasse!

mit der Arbeiterklasse, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Arbeiter der Arbeiterklasse, gegen die Arbeiterklasse der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen.

Die KPD appelliert an die Arbeiter der Arbeiterklasse, proletarischen Arbeiter, Arbeiter und Arbeiterklasse, Arbeiter in Staat und Land mit den Arbeiterklasse Arbeiterklasse:

allen Betrieben und Arbeiterklasse Arbeiterklasse Arbeiterklasse!

Geht auch mit der Arbeiterklasse Arbeiterklasse Partei, an den KPD und die RSO!

Arbeiter, die über den Kampf gegen den revolutionären Arbeiterklasse die Arbeiterklasse gegen die ganze deutsche Arbeiterklasse ist.



Es lebe die proletarische Arbeiterklasse gegen die faschistische Arbeiterklasse!
Heraus mit dem Arbeiter, Papen, Hugenberg!
Es lebe der Generalstreik!
Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse!
Es lebe der Kampf für eine Arbeiter- und Arbeiterklasse!

Berlin, den 20. Januar 1933

Kommunistisch Arbeiter — Bund. Roma & Co. Berlin.

**Kommunistische Partei
Deutschlands**

Die ersten der Millionen Opfer, die das Hitlerregime vom deutschen Volke noch fordern sollte, fielen. Mit diesem grauenhaften Terror sollte das werktätige deutsche Volk wehrlos und mundtot gemacht werden, um es der antinationalen, arbeiterfeindlichen und verbrecherischen Politik Hitlers und seiner monopolkapitalistischen Auftraggeber unterzuordnen.

Unter Führung der KPD setzten sich die Antifaschisten gegen die braunen Terrorbanden energisch zur Wehr. Die Kommunistische Partei Deutschlands beantwortete noch am 30. Januar 1933 die Bildung der Hitlerregierung mit einem Aufruf zum „Generalstreik gegen die faschistische Terrorherrschaft“. Darin wurde die Hitlerregierung als die offene faschistische Diktatur, als die brutalste und unverhüllte Kriegserklärung an die deutsche Arbeiterklasse, an das werktätige Volk bezeichnet. Mit diesem Aufruf wandte sich das Zentralkomitee der KPD an die SPD, den ADGB, den AfA-Bund und die christlichen Gewerkschaften, „gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler–Hugenberg–Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen?“

(Flugblatt der KPD vom 30. Januar 1933 (siehe Bild nebenan). In: zur Geschichte der KPD. Dietz Verlag, Berlin 1954. Seite 353)

Die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer lehnten jedoch das Angebot einer proletarischen Einheitsfront und einen Generalstreik zum Sturz der Hitlerregierung ab. Trotz der kapitulantenhaften Haltung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer führten in zahlreichen Städten und Dörfern sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder gemeinsam mit den Kommunisten antifaschistische Kampfaktionen durch. Viele Versuche der Nazis, in die Arbeiterviertel der Großstädte einzudringen, wurden von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern abgewehrt.

Die SPD-Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder standen in Abwehrbereitschaft und warteten auf den Ruf ihrer Partei- und Gewerkschaftsführung, um entschlossen den Kampf gegen die braune Barbarei aufzunehmen.

Als es den Faschisten trotz hemmungslosen Terrors nicht gelang, die antifaschistische Haltung der Arbeiterklasse zu erschüttern, bereiteten sie einen neuen Schlag gegen die Arbeiterklasse vor.

Mit ihrer ungeheuerlichen Provokation der Reichstagsbrandstiftung leitete die Hitlerregierung einen erbarmungslosen Feldzug gegen die Arbeiterklasse ein. Noch in der Brandnacht wurden in Deutschland mehr als 10 000 Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter verhaftet.

Am 28. Februar – der Reichstag brannte noch – wurde die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat“ erlassen. Diese Verordnung, die sich auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung berief, legte im §1 u. a. fest: „Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahme sowie Beschränkung des

Deutsche Zeitung

Verlagspreis 10 Pfennig
Abgabe für Ost-Deutschland

Verlagspreis 10 Pfennig
Abgabe für Ost-Deutschland

Verlagspreis 10 Pfennig
Abgabe für Ost-Deutschland

Nr. 1022 Abendausgabe

Berlin, Dienstag, 2. Mai 1933

38. Jahrgang

Großangriff auf die roten Gewerkschaften

Alle Gewerkschaftshäuser von SA besetzt - Die Führer in Schutzhaft

Wie sieht es heute um den
Marxismus?

Das Ziel: Neuaufbau auf ständischer
Grundlage

Von
Dr. Axel Hagemann, Dresden

Der Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung wird im weiteren Verlauf davon abhängen, ob es ihr gelingt, nicht nur das Volk, sondern auch die Gewerkschaften zu erobern. Die Gewerkschaften sind die stärksten Feinde der Bewegung und es ist daher von größter Wichtigkeit, sie zu überwinden. Die Gewerkschaften sind die stärksten Feinde der Bewegung und es ist daher von größter Wichtigkeit, sie zu überwinden.

Die Gewerkschaften sind die stärksten Feinde der Bewegung und es ist daher von größter Wichtigkeit, sie zu überwinden. Die Gewerkschaften sind die stärksten Feinde der Bewegung und es ist daher von größter Wichtigkeit, sie zu überwinden.

Die Gewerkschaften sind die stärksten Feinde der Bewegung und es ist daher von größter Wichtigkeit, sie zu überwinden. Die Gewerkschaften sind die stärksten Feinde der Bewegung und es ist daher von größter Wichtigkeit, sie zu überwinden.

Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.“

Gleichzeitig wurde eine „Notverordnung gegen Verrat am deutschen Volk und hochverräterischer Umtriebe“ verfügt, die die Todesstrafe für politische „Straftaten“ vorsah.

Zum angeblichen Schutz von Volk und Staat wurde die gesamte KPD- und ein Teil der SPD-Presse verboten. Alle der KPD gehörenden Druckereien wurden besetzt. Ohne ein Verbot der KPD ausgesprochen zu haben, stellten die Nazis jegliche Tätigkeit der KPD und der anderen kommunistischen Organisationen, wie der RGO, des KJVD u. a. unter Strafe. Jede politische Arbeit war nunmehr für Kommunisten mit Gefahr für Freiheit und Leben verbunden.

Unter diesen Bedingungen der faschistischen Gewaltherrschaft war für die Gewerkschaften und die anderen Massenorganisationen der Arbeiterklasse kein Platz mehr. Deshalb wurden von den Nazis bereits im Februar die Zerschlagung und Gleichschaltung aller Gewerkschaften geplant. Am 15. April erteilte Hitler an Ley den Befehl dazu. Am 21. April 1933 erhielten alle Führer der Naziapartei, der SA und der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) das Rundschreiben 6/1933, in dem der „Aktionsbefehl“ zur Gleichschaltung der freien Gewerkschaften enthalten war. Es hieß in ihm:

„Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10.00 Uhr, beginnt die Gleichschaltungsaktion gegen die freien Gewerkschaften. Verantwortlich für die Durchführung der

Gleichschaltungsaktion in den einzelnen Gebieten sind die Gauleiter; Träger der Aktion soll die NSBO sein. SA bzw. SS ist zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten einzusetzen.

Im Reich werden besetzt:

Die Leitung der Verbände, die Gewerkschaftshäuser und Büros der freien Gewerkschaften, die Parteihäuser der SPD, soweit Gewerkschaften dort untergebracht sind, die Filialen und Zahlungsstellen der ‚Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG‘, – die Bezirksausschüsse des ADGB und des Afa-Bundes, die Ortsausschüsse des ADGB und des Afa-Bundes.

In Schutzhaft werden genommen:

alle Verbandsvorsitzenden, die Bezirkssekretäre und die Filialleiter der ‚Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG‘,

Die vorläufige örtliche Leitung des ADGB und des Afa-Bundes übernimmt ein Kommissar der NSBO. Der Verkehr mit den Behörden und anderen Organisationen geht mit sofortiger Wirkung auf die eingesetzten Kommissare über. Alle Kassen und Konten der freien Gewerkschaften werden mit sofortiger Wirkung gesperrt ...“

(Aus: W. Müller „Das soziale Leben in Deutschland“, Berlin. 1938, Seite 51.)

Die Anordnungen des Leiters des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit

Berlin, 4. Mai.

Die Anordnungen, die der Leiter des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit, Pg. Dr. Ley, erlassen hat, haben folgenden Wortlaut:

Anordnung 1.

Der Führer der Arbeiterverbände, Pg. Walter Schumann, MdR, übernimmt die gesamte Leitung des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände“, sowie kleinerer Verbände und hat von mir dementsprechende Vollmachten erhalten. Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 2.

Dem Schatzmeister der Arbeiterverbände, Pg. Paul Brinckmann, und den Leiter der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG“, Pg. Karl Müller, beauftrage ich hiermit, die Kassen- und Finanzeinrichtungen des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Allgemeinen Freien Angestelltenbundes“, „Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände“, „Gewerkschaftsbundes der Angestellten“, sowie kleinerer Verbände, ernenne ich den Organisationsleiter des „Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit“, Pg. Reinhold Muchow, und beauftrage ihn gleichzeitig mit der Ausarbeitung und Vorbereitung des neuen Organisations-Aufbaues der beiden Einheitsverbände der Arbeiter und Angestellten zu beginnen. Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 3.

Für die Erledigung aller organisatorischen Fragen des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Allgemeinen Freien Angestelltenbundes“, „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände“, „Gewerkschaftsbundes der Angestellten“, sowie kleinerer Verbände, ernenne ich den Organisationsleiter des „Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit“, Pg. Reinhold Muchow, und beauftrage ihn gleichzeitig mit der Ausarbeitung und Vorbereitung des neuen Organisations-Aufbaues der beiden Einheitsverbände der Arbeiter und Angestellten zu beginnen. Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 4.

Die Leitung der gesamten Gewerkschaftspresses des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Allgemeinen Freien Angestelltenbundes“, „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellter-, Arbeiter- und Beamtenverbände“, „Gewerkschaftsbundes der Angestellten“, sowie kleinerer Verbände übernimmt der Presse- und Propagandaleiter des „Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit“, Pg. Hans Biallas. Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 5.

Wie mir gemeldet wurde, benutzen einige unverantwortliche Elemente im Arbeitgeberlager die gewaltige Einheitsaktion in der Arbeiter- und Angestelltenschaft, um zu Tarifkündigungen zu schreiten und damit ihrer Profitgier zu dienen.

Ich warne und erkläre, daß bis zur endgültigen Formierung der deutschen Arbeitsfront alle Tarifverträge unbedingt innewahalten sind und bitte die verantwortlichen Leitungen der NSBO. in den Betrieben, im Wiederholungsfalle mir unverzüglich an die Zentralstelle Berlin C, Inselstr. 8, Mitteilung zu machen.

Anordnung 6.

Nachdem der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“, „Allgemeine Freie Angestelltenbund“, „Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsring Deutscher Angestellter-, Arbeiter- und Beamtenverbände“, „Gewerkschaftsbund der Angestellten“, sowie kleinere Verbände der Führung des „Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit“ unterstellt sind, ordne ich an, daß Einzelverhandlungen allgemeiner Art, die Abschließung von Tarif- und Wirtschaftsverträgen usw. streng untersagt sind und fortan nur zentral vom Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit geführt werden.

gez.: Dr. Loy,

Leiter des Aktions-Komitees
zum Schutze der deutschen Arbeit.

(Aus: «Gastwirtsgehilfen-Zeitung», Nr. 19, vom 11. Mai 1933, Seite 74)

Nach diesem Plan vollzog sich dann auch im Wesentlichen in ganz Deutschland die Zerschlagung der freien Gewerkschaften. Zuvor mißbrauchten die Faschisten den 1. Mai für ihre volksfeindlichen Ziele. Die Hitlerregierung stellte den 1. Mai, den traditionellen Kampftag der internationalen Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, in den Dienst ihres propagandistischen Massenbetruges. Unter der demagogischen Losung „Achtet den Arbeiter“ und „Ehret die Arbeit“ rief sie zur Teilnahme an den faschistischen Maiveranstaltungen auf.

Die rechten Gewerkschaftsführer forderten die Arbeiter mit der Parole „Deutsche Arbeiter, demonstriert am 1. Mai standesbewußt“ auf, an dem faschistischen Mairummel teilzunehmen. Mit diesem ungeheuerlichen Verrat an den ruhmreichen Traditionen der revolutionären Maikämpfe des deutschen Proletariats versuchten die rechten Gewerkschaftsführer, sich bei der Naziführung anzubiedern und die Gewerkschaften zu Hilfsorganen der faschistischen Diktatur zu machen.

Obwohl die rechten Gewerkschaftsführer ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Faschisten zeigten, besetzten am 2. Mai 1933 in ganz Deutschland die SA-Banden die Gewerkschaftshäuser und verhafteten viele Gewerkschaftsfunktionäre.

Theodor Leipart, der damalige Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschrieb, wie dieser Tag in Berlin verlief:

„Am 2. Mai marschierten vor allen Gewerkschaftshäusern, Büros, auch vor unser Bundeshaus, starke Formationen der SA mit grölendem Marschgesang auf, stürmten die Treppen hinauf, rissen die Zimmertüren auf und erklärten jeden Angestellten für verhaftet. Zu unserem Bundeshaus, mit seinen drei Hauseingängen, von denen zwei zur Arbeiterbank führen, waren dementsprechend drei große SA-Kolonnen heranmarschiert. Das von uns gerufene Überfallkommando der Schutzpolizei erschien zwar, machte aber gleich wieder kehrt, als es die uniformierten SA-Männer ‚bei ihrer Arbeit‘ erblickte.

Ich war aus meinem Zimmer auf den Korridor gegangen, um mich nach dem Geschehen zu erkundigen. Gleich brüllte mich ein Nazi an, ich sei verhaftet. Unmittelbar darauf kam Robert Ley und verhaftete mich nochmals. Ich wurde in mein Zimmer zurückgetrieben mit dem Befehl, mich zum Fortgehen fertig zu machen. Auf meine Frage nach dem Wohin war die brüllende Antwort: ‚Fragen Sie nicht so viel‘. Wir wurden im Portierzimmer zusammengeführt, wo ein SA-Mann mitteilte, daß seine Partei heute im ganzen Reich alle Gewerkschaftshäuser und Büros besetzt habe, so also auch das Bundeshaus. Alle Angestellten seien in Schutzhaft genommen. Hier stellte sich auch Schumann (Führer der NSBO) ein. .

Wir mußten einen Lastwagen besteigen, der uns in die Parochialstraße zur ehemaligen kommunistischen Antikriegs-Ausstellung brachte. Hier wurden wir 24 Stunden festgehalten, mußten dauernd die übelsten Schmäreden anhören. Man bemerkte uns dazu wiederholt in bedauerndem Tone, daß es noch verboten sei, uns zu verprügeln, wie wir es verdienen würden. Das hinderte aber nicht, daß einige Kollegen doch mit dem Gummiknüppel Schläge ins Gesicht erhielten, weil sie angeblich über eine Bemerkung gelacht hätten. Stundenlang strömten, anscheinend auf Bestellung, Neugierige ins Haus, um uns zu begafften und auch ihre Nazibe-

merkungen zu machen, wenn sie jedesmal gefragt wurden: ‚Habt ihr das Schwein, den Leipart, schon gesehen? Da sitzt er, das Schwein.‘

Wir wurden dann am 3. Mai ins Polizeipräsidium gebracht und dort in Schutzhaft genommen.“

(Aus den handschriftlichen Aufzeichnungen vom Juli 1945 im Nachlaß Theodor Leiparts.)

Ein Gewerkschafter, der als Arbeiterjunge diese Tage erlebte, schreibt in der Zeitung der IG Bergbau und Energie im DGB „Einigkeit“ vom Januar 1963:

„Mein Vater wurde verhaftet und nach Lichtenburg in ‚Schutzhaft‘ gebracht. Man hatte im Hause Propagandamaterial gefunden ...

... Auf der Straße hörte ich Marschmusik. Der ‚Tag der nationalen Arbeit‘ wurde von den Braunen gefeiert. Trutzig stand ich vor dem Hause, als der Zug vorbeikam, und schrie meine ganze Angst und Wut den Braunen ins Gesicht: ‚Nieder mit



Theodor Leipart



SA-Banden besetzen das Gewerkschaftshaus am Engelufer in Berlin



Polizei macht Jagd auf Antifaschisten im Norden Berlins, März 1933

Hitler! Ihr habt meinen Vater verhaftet! Nieder mit Hitler!’ Sie prügeln mich entsetzlich. In der Schule hatte ich nichts zu lachen ...

Am anderen Tag, es war Dienstag, der 2. Mai 1933, kam ich beim Austragen der Zeitung am Gewerkschaftshaus vorbei. Es war nachmittags gegen drei Uhr, das Gewerkschaftshaus war von Polizei und SA-Männern umstellt ... Ein Freund meines Vaters, der Gewerkschaftssekretär Bohnen, wurde mit Gummiknüppeln zusammengeslagen, als er verächtliche Worte gegenüber den Eindringlingen gebrauchte. Ähnlich erging es noch mehreren Angestellten der Arbeiterbank. Alle, die sich dem Regime gegenüber verächtlich benahmen, wurden in einem Lastwagen weggefahren. Sie trafen sich alle in Lichtenburg wieder ...“

Der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Bezirk Berlin, Willi Lehmann, berichtet über die Mißhandlungen durch die SA-Horden in der Zeitung „Gewerkschafts-Einheit“, Nr. 8/1963.

„Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Berlin, hatte seine Büroräume in der Sebastianstraße 37/38. Von 1918 bis zum 2. Mai 1933, als mich SA-Horden aus dem Büro holten, war ich dort Vorsitzender.

Von der Sebastianstraße wurde ich in ein Restaurant in der Dresdner Straße gebracht, wo ein Haufen angetrunkenener SA-Banditen mit großen Latten auf mich einschlugen. Zwei von Ihnen brachten mich dann zur Neuen Winterfeldstraße zum

Sitz unseres Hauptvorstandes. Hier hatte man bereits die Hauptvorstandsmitglieder in ein gesondertes Zimmer gesperrt. Dieses Zimmer war von SA bewacht, und keiner durfte mit einem anderen ein Wort wechseln. Von Zeit zu Zeit kamen SA-Banditen, die uns bespuckten und mit Ohrfeigen traktierten.

Am anderen Tage mußte ich Betten bauen und der SA die Stuben und Toiletten säubern. Dazu gab man mir einen Eimer mit wenig Wasser, das mit viel Salzsäure vermischt war. Ich bat um einen Lappen, darauf die Antwort: ‚Du hast doch zwei Hände oder nimm dein Taschentuch!‘

Meine Hände waren von der Salzsäure überall aufgeplatzt. Am anderen Tage mußte ich schwere Eisenteile von einem Keller in einen anderen schleppen, und wenn das nicht schnell genug ging, half die SA mit Latten nach.

Am vierten Tag wurde ich nachts in einen Keller gebracht, an dessen Wänden Schließisen befestigt waren. An diese schloß man mich so an, daß Hände, Füße und Hals fest an der Wand waren. Über meinem Kopf hing eine große Konservendbüchse, die mit Wasser gefüllt war und in der sich unten ein kleines Loch befand, von wo dann jede Sekunde ein Tropfen auf meine Stirn fiel. SA-Leute brüllten mich an: ‚Dich Schwein werden wir schon noch zum Reden bringen – dich werden wir noch fertigmachen!‘

Am fünften Tag wurde ich mit einem Lastwagen zum Polizeipräsidium gebracht. Hier kam ich in einen großen Keller, in dem ich viele bekannte Gewerkschafter traf, die ebenfalls schon tagelang eingekerkert waren. In den fünf Tagen und fünf Nächten hatte es weder etwas zu essen noch zu trinken gegeben?“

Ein anderer Arbeiterveteran schreibt in der Gewerkschaftszeitung des FDGB „Tribüne“ vom 23. März 1963 (B):

„Der 1. Mai 1933, in Riesa ein sonnenwarmer Tag. Die Arbeiter in den Betrieben formierten sich zum traditionellen Maiumzug. Hatten doch die Gewerkschaftsführer in Berlin im April 1933 den Beschluß gefaßt, den internationalen Feiertag der Arbeiter unter Hitlers Hakenkreuzfahnen zu begehen!

Ich erinnere mich gut: Wiewohl an den Spitzen der Belegschaften die Hakenkreuzfahnen vorangetragen wurden, hatten doch die Arbeiter dafür gesorgt, daß auf dem Gewerkschaftshaus die rote Fahne wehte, das internationale Kampfsymbol der Arbeiter. Damit es von den Nazis in der Nacht nicht heruntergeholt werden konnte, hatten die Kollegen die eiserne Fahnenstange mehrmals mit Stacheldraht umwickelt und diesen mit einer Starkstrom führenden Leitung verbunden.

Dann kam der 2. Mai. SA-Leute erschienen am Gewerkschaftshaus. Als genügend SA, SS und Grüne da waren, wurde unter Anweisung von Polizeiinspektor Pätzold das Gebäude hermetisch von allen Seiten ab „Volksfürsorge“, Rechnungsstelle 1, Berlin, Ritterstr. 126 gesperrt. Die SA und SS begannen nun auf Anweisung des Obersturmführers und Kreisleiters Holdinghausen (Eisenwerk Gröditz des Flick-Konzerns) den Sturm auf das Gebäude, schleppten die Angestellten mit Püffen und Stößen heraus und führten sie unter großem Gejohle durch die Straßen der Stadt.



«Volksfürsorge», Rechnungsstelle 1, Berlin, Ritterstrasse 126

Viele Arbeiter, vor allem ehemalige Kommunisten, aber auch Sympathisierende, wurden gleichzeitig von Rollkommandos der SA, SS und Sipo aus den Wohnungen und von den Arbeitsstätten geholt und unter Drangsalierungen und Schlägen mit dem Gummiknüppel in den Keller des Gewerkschaftshauses oder ins Gefängnis getrieben und eingesperrt. Die Schreie der Gemarterten und Geschlagenen wurden auf den Straßen gehört. Unsere rote Fahne flatterte unterdessen weiterhin zur Wut der Faschisten auf dem Gewerkschaftshaus. Die Nazis, die oben auf dem Dach standen, versuchten, sie herunterzuholen. Es gelang nicht.“

So geschah es in ganz Deutschland, So sind die Erinnerungen der Arbeiter und Gewerkschafter beider deutscher Staaten heute noch an diesen verhängnisvollsten Tag ihrer gemeinsamen Geschichte lebendig.

Die große Organisation der freien deutschen Gewerkschaften war mit diesem Gewaltstreich zerschlagen. Ihr Vermögen, das aus den Groschen der Arbeiterklasse zu-

sammengetragen worden war, wurde von den Nazis gestohlen, um es für die Ausrüstung und Kriegsvorbereitung zu verwenden.¹ Ihre Presse wurde verboten, ihre zahlreichen Gewerkschaftshäuser, -schulen und -bibliotheken wurde geraubt.² Die deutsche Arbeiterklasse besaß keine gewerkschaftliche Interessenvertretung mehr. In den Tagen danach wurden auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und die christlichen Verbände gleichgeschaltet und einige Wochen danach auch offiziell verboten. Verschiedenen ihrer leitenden Funktionäre erging es nicht anders als den Funktionären und Mitgliedern der freien Gewerkschaften.

Mit der Zerschlagung und Gleichschaltung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 sollte die Arbeiterbewegung in Deutschland endgültig vernichtet werden, sollten ihr Geist und ihre Aktionen ein für allemal beseitigt werden. Offen heißt es im Aufruf des von den Nazis im April gebildeten „Komitees zum Schutze der deutschen Arbeit“, dem zentralen Stab zur Zerschlagung der Gewerkschaften:

„Wenn auch die marxistischen Parteien restlos zerschlagen sind, wie die KPD, oder sich in heller Auflösung befinden, wie die SPD ... so wissen wir doch, alles das ist nur Schein: Der Marxismus stellt sich tot, um sich bei günstiger Gelegenheit von neuem zu erheben. Uns täuscht der schlaue Fuchs nicht! Lieber geben wir ihm einen letzten Fangschuß, als daß wir jemals wieder dulden würden, daß er sich erhebe. Die Leiparts und Graßmänner mögen Hitler noch so viel Ergebenheit heucheln, es ist besser, sie befinden sich in Schutzhaft. Deshalb schlagen wir dem marxistischen Gesindel seine Hauptwaffe aus der Hand und nehmen ihm damit seine letzte Möglichkeit, um sich neu zu stärken.“

(Aus: „Arbeitertum“. Nr. 6/1933, Seite 5)

Unterschieden war dieser Aufruf von Robert Ley, der sich 13 Jahre später, 1946, im Kriegsverbrechergefängnis von Nürnberg erhängte, um seiner gerechten Aburteilung als ein Hauptkriegsverbrecher durch das Gericht der Völker zu entgehen. Ley, vor 1930 Angestellter des IG-Farben-Konzerns in Leverkusen, hielt von der Arbeit nicht viel und vertrank mehr, als er an Gehalt erhielt. Die Herren der IG Farben bemerkten bald, daß Leys „Fähigkeiten“ nicht in ehrlicher Arbeit, sondern vielmehr im Arbeiterbetrug lagen. Er erhielt deshalb von ihnen 10_000,- RM, um eine Nazi-zeitung, den „Westdeutschen Beobachter“, zu gründen. Diese Nazizeitung sollte vor allen Dingen den Erwerbslosen einreden, daß nicht etwa die deutschen Monopolherren an ihren Elend schuld seien, sondern die „jüdische Plutokratie“.

Gerichtsnotorisch hatte Ley sich bereits vor 1933 durch Unterschlagungen bereichert. Als Reichsleiter der Politischen Organisation (PO) der NSDAP wurde er dann Hitlers „deutscher Arbeiterführer“ von Gnaden der Monopole. Von den am 2. Mai 1933 gestohlenen Gewerkschaftsgeldern ließ er sich sogleich einen „vorläufigen Voranschuß“ von 900 000,- RM anweisen. Mit Hilfe der ergaunerten Arbeitergelder wur-

1 So betrug das Vermögen der gewerkschaftseigenen «Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG» am 31. Dezember 1932 151 821 805,70 Reichsmark.

2 Allein die ADGB-Ortsausschüsse besaßen 166 Gewerkschaftshäuser und 856 Bibliotheken mit 694 364 Büchern. Der Baugewerksbund hatte 25 Gewerkschaftshäuser und -schulen im Wert von über 4 Millionen Reichsmark.

Uns täuscht der schlaue Fuchs nicht! Lieber geben wir ihm einen letzten Fangschuß, als daß wir jemals wieder dulden würden, daß er sich erhebe. Die Leipziger und Grafmänner mögen Hitler noch soviel Ergebenheit heucheln, es ist besser, sie befinden sich in Schutzhaft. Deshalb schlagen wir dem marxistischen Gesindel seine Hauptwaffe aus der Hand und nehmen ihm damit seine letzte Möglichkeit, um sich neu zu stärken. Die Teufelslehre des Juden Mardochai soll elendiglich auf dem Schlachtfelde der nationalsozialistischen Revolution krepieren.

Ausschnitt aus „Arbeitertum“, Nr. 6/1933, Seite 5



Besetzung der Arbeiterbank in Berlin am 2. Mai 1933

de Ley selbst Großaktionär. Und um den alten „Plutokraten“ nicht nachzustehen, ließ er sich von seinen Konzernfreunden ein herrliches Rittergut schenken.

Neben Ley taucht ein anderer Name auf, der in den folgenden Jahren zu einem der gefürchtetsten im Hitlerreich wurde. Es war der spätere blutbesudelte Präsident des „Volksgerichtshofes“ Dr. Roland Freisler. In einer offiziellen Verlautbarung heißt es:

„Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Justizminister Kerrl folgenden Erlaß herausgegeben:

Der Leiter des Aktionssausschusses zum Schutze der Arbeit, Ministerialdirektor Freisler, hat am ersten Tag seiner grundlegenden und erfolgreichen Aktion, die die Befreiung des deutschen Arbeiters aus der Bevormundung einer selbstsüchtigen Gewerkschaftsbürokratie erstrebt und erreichen wird, bereits feststellen müssen, daß die dringende Gefahr der Sabotage gegenüber Maßnahmen der Regierung der nationalen Erhebung auf dem Gebiet der Befreiung der deutschen Arbeit nicht mehr von der Hand zu weisen ist ...

Ich ordne daher nach Fühlungnahme mit dem Leiter des Aktionsausschusses zum Schutze der Arbeit an: Zur Bekämpfung aller Sabotageversuche, einerlei von welcher Seite diese kommen mögen, wird im Justizministerium eine Sonderabteilung zur Bekämpfung der Sabotage eingerichtet, deren Leitung ich dem kommissarischen Ministerialdirektor Dr. Roland Freisler übertrage. Dieser hat mir binnen drei Tagen zu melden, daß die Sabotageabwehr im Bereiche meines Ministeriums für das Land Preußen organisiert und aktionsfähig ist.“

(„Korrespondent“ vom 12. Mai 1933.)

Überhaupt hatte das Preußische Innenministerium mit seinem ganzen Apparat einen äußerst aktiven Anteil an der Zerschlagung der Gewerkschaften. Man wird



Großsiedlung Berlin-Britz, erbaut von der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft



Das sogenannte Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit

kaum fehlgehen anzunehmen, dass auch Herr Globke¹, damaliger Ministerialrat im Preussischen Innenministerium, der mit Freisler bereits zu dieser Zeit eng befreundet war, nicht teilnahmslos neben dieser Aktion stand, sondern ebenfalls aktiv an ihr teilnahm. Die deutschen Monopolherren konnten sich auf diese ihre treuen Diener zur Unterdrückung der Arbeiterklasse voll verlassen.

¹ Hans Globke, Mitautor der Nürnberger Rassengesetze der Nazis, war in Adenauers Bundeskanzleramt Staatssekretär. Vom Obersten Gericht der DDR wurde Globke 1963 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach seiner Pensionierung wollte Globke in die Schweiz übersiedeln. Der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft erklärte ihn jedoch zu einem unerwünschten Ausländer und erteilte ihm Einreiseverbot. (kommunisten.ch)

Und dann folgten die blutigsten Jahre der deutschen Geschichte

Dem 2. Mai folgte die Errichtung der offenen und brutalen Nazidiktatur in den Betrieben. Ein freies gewerkschaftliches Leben gab es nicht mehr. Ley selbst drohte, alle „mit unerbittlicher Strenge zur Rechenschaft zu ziehen“, die gewillt waren und beabsichtigten, selbst im bescheidensten Rahmen eine gewerkschaftliche Tätigkeit fortzusetzen. Das bereits erwähnte „Komitee zum Schutze der deutschen Arbeit“ ordnete sofort an, daß Tarifikündigungen verboten seien, Einzelverhandlungen, Abschluß von Tarif- und Wirtschaftsverträgen streng untersagt und nur noch zentral geführt werden dürfen. Wahlen der Funktionäre und Leitungen waren selbstverständlich unbekannt. Ley erklärte, daß „im neuen Deutschland nicht mehr abgestimmt“ würde. In der einige Tage nach dem 2. Mai gegründeten „Deutschen Arbeitsfront“ wurden die Arbeiter zwangsweise mit den Unternehmern in einer Organisation zusammengefaßt. Ley wurde ihr Führer.

In den Betrieben begann ein noch nie dagewesener Terror. Unter dem Schlagwort „Wer nicht mitmacht, fliegt!“ wurde vor allem die Not der Erwerbslosigkeit für die nazistischen Zwecke ausgenutzt. Ley forderte und begann „eine Generalssäuberung bis in die letzte Zelle und bis in den letzten Betriebsrat“, um „rücksichtslos und brutal“ zu entfernen, wer gestern noch rot oder schwarz war oder in einer der bürgerlichen Organisationen gegen den Nationalsozialismus kämpfte.

(vgl.: „Der Steinarbeiter“, Nr. 27/1933.)

Als z. B. die Belegschaft eines Textilbetriebes in Beeke bei Gummersbach einen Streik beschloß, um die katastrophal niedrigen Löhne aus der Krisenzeit etwas zu erhöhen, wurde der ganze Betriebsrat verhaftet.

Eine besonders berüchtigte Terroraktion war die „Köpenicker Blutwoche“. Im Juni 1933 wurden im Berliner Stadtbezirk Köpenick über 100 Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten und fortschrittliche antifaschistische Parteilose auf die brutalste Weise ermordet. Am Abend des 20. Juni 1933 fand sich in der SA-Speilunke „Tante Anna“ in Köpenick ein Aufgebot faschistischer Mörder und Terroristen zur Befehlsausgabe für jene Terroraktion, die am frühen Morgen des 21. Juni begann, zusammen. Faschistische Rollkommandos trieben über 500 Bürger Köpenicks in den Sturmlokalen der SA zusammen. Was sich dort eine Woche lang an bestialischen Grausamkeiten abspielte, ist unmöglich in Worten wiederzugeben. Wie einer der faschistischen Mordgesellen später selbst zugab, waren mehrere der durch Genickschuß „erledigten“ und in Säcke eingenähten Opfer noch am Leben, als sie ins Wasser geworfen wurden. Unter den Ermordeten befanden sich die Sozialdemokraten Johannes Stelling, Richard Assmann, Paul von Essen, Johannes und Anton Schmaus, Paul Pohle, die Kommunisten Erich Janitzki, Josef und Paul Spitzer, Alfred Pusch, Franz Wilczoch, Walter Majchrzack, die Parteilosen Karl Pokern, Dr. Eppenstein und andere.

Es ist eine Ehrenpflicht, den Tausenden ermordeter Gewerkschafter, die bis zum Jahre 1945 ihr Leben ließen, zu gedenken und ihr Vermächtnis – nie wieder einen



1. Kongress der faschistischen DAP mit Vertretern der Großbourgeoisie und Generalität am 10. Mai 1933

2. Mai 1933 – zu wahren. Für sie alle seien stellvertretend genannt: Der Vorsitzende des Verbandes der Bergarbeiter Fritz Husemann fand den Tod im Konzentrationslager. Der Redakteur des theoretischen Organs des ADGB „Die Arbeit“ Dr. Lothar Erdmann wurde im September 1939 im KZ Sachsenhausen totgeprügelt, kurz danach der Vorsitzende des Lokomotivführer-Verbandes Otto Scharfschwerdt.

Von der Gestapo wurde im Jahre 1936 Wilhelm Warnecke, Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes, ermordet. Der Wuppertaler Gewerkschafter Picardis wurde im März 1935 während eines Verhörs erschlagen.

Einem Gestapo-Mord fiel nach dreijähriger Einkerkung der Sekretär des schlesischen Textilarbeiterverbandes Opitz zum Opfer. Nach schweren Mißhandlungen ermordete die Gestapo den Sekretär vom Deutschen Fabrikarbeiterverband Scheinhardt aus Hannover. Der Funktionär des Verbandes der Seeleute und Hafentarbeiter Karl Lesch aus Hamburg wurde am 7. Januar 1934 im KZ Fuhlshüttel ermordet.

Im März schlugen die Nazis den Sekretär des Metallarbeiterverbandes Ernst Jülich dermaßen zusammen, daß er an den Mißhandlungen starb.

Der Sekretär vom Bergarbeiterverband Kissling wurde im April 1936 so furchtbar von der Gestapo mißhandelt, daß er daraufhin Selbstmord begangen haben soll. Ebenfalls ermordeten die braunen Mordgesellen Johann Schlosser vom Deutschen Metallarbeiterverband am 2. Mai 1933 in Düsseldorf; Michael Rodenstock, Ortsleiter des Deutschen Verkehrsbundes, am 2. Mai in Duisburg; Ewald Vogt, Betriebsrat

des Walzwerkes Hennigsdorf, am 2. September 1933. Der Gewerkschaftssekretär Otto Schweitzer aus Berlin beging am 3. Dezember 1933 „Selbstmord“ in der Gefängniszelle.

Zu Tode gefoltert wurde im September 1934 wegen illegaler Gewerkschaftsarbeit Erich Krause in Düsseldorf. Im Januar 1936 ermordete die Gestapo den Dresdener Bezirkssekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes Artur Schille und im Oktober 1936 den Bezirkssekretär des ADGB Otto Brennecke. Anfang 1936 wurde in einem KZ der Sekretär der Bäckergewerkschaft Georg Peiper aus Köln erschossen.

Rechtsanwaltschaft beim Volksgerichtshof	
Geschäftsnummer 4 J 777 44	
Staatsanwaltschaft	
Kostenrechnung	
in der Strafsache gegen Erich Knaut	
Gebühr gem. §§ 49, 52 SGKG für Todesstrafe	300,-
Postgebühren gem. § 72 I SGKG	1,84
Gebühr gem. § 72 6 für den als Pflichtverteidiger bestellt gewesenen Rechtsanwalt Ahlsdorff, Berlin-Lichterfelde-Ost, Gartnerstraße 10a	81,60
für die Straftat vom 6. 4. 44 bis 2. 5. 44.	44,-
Kosten der Strafvollstreckung: Vollstreckung des Urteils	158,16
hinzu Porto für Übersendung der Kostenrechnung	—,12
zusammen:	585,74
Zahlungspflichtig: Die Erben des Erich Knaut, z. Hd. von Frau Erna Knaut, Berlin-Tempelhof, Manfred-von-Richtofen-Str. 13, bei Fa. Gilbert Mach	

Dokument der faschistischen Unmenschlichkeit. Erich Knaut war einer der führenden Funktionäre der Büchergilde Gutenberg

Vom KZ Sachsenhausen aus wurde der verdiente Gewerkschaftler Lorenz Breunig nach vielen Jahren der Haft, verelendet und halb verhungert, in eine Gaskammer geschickt.

Das größte Blutopfer mußten die besten revolutionären Gewerkschafter, die deutschen Kommunisten, tragen.

„Schon die ersten Wochen des Faschismus stellten die KPD und ihre Mitglieder vor die bisher schwerste Bewährungsprobe in ihrer Geschichte. Obwohl nach dem Reichstagsbrand viele tausend Kommunisten, darunter zahlreiche Mitglieder des Zentralkomitees, der Bezirks- und der Unterbezirksleitungen, eingekerkert worden waren, obwohl der Parteivorsitzende Ernst Thälmann den Nazihenkern in die Hände fiel, gelang es den Faschisten nicht, die KPD zu zerschlagen oder gar zu vernichten“.

(Aus: „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, X. Kapitel. In: „Einheit“, Sonderheft, August 1962, Seite 132.)

Mehr als die Hälfte der Mitgliedschaft dieses Vortrupps der deutschen Arbeiterklasse, über 150 000, wurden verhaftet, jahrelang eingekerkert, gefoltert und Zehntausende von ihnen ermordet. Unter ihnen so hervorragende Gewerkschafter wie Ernst Thälmann, John Scheer, Max Maddalena, Albert Funk, Mathias Thesen, Georg Schumann, Ernst Schneller u. a. Allein von Februar 1933 bis September 1934 wurden von der Nazijustiz 7704 Jahre Zuchthaus und 4517 Jahre Gefängnis verhängt.

Doch weder wütendster Terror noch hinterhältigste Demagogie, weder die Peitsche der Konzentrationslager und SA-Keller noch das Zuckerbrot der „Arbeitsbeschaffung“ vermochten die ganze Arbeiterklasse vor den faschistischen Karren der Monopolherren zu spannen. Bereits während des 2. Mai 1933 und danach fanden sich Gruppen von Gewerkschaftern zusammen, um den Wiederaufbau freier und einheitlicher Gewerkschaften vorzubereiten. In vielen Industriegebieten und Orten Deutschlands gab es jahrelang eine aktive gewerkschaftliche Arbeit. Dabei fanden sich sozialdemokratische, christliche, kommunistische und parteilose Arbeiter zu gemeinsamer Tätigkeit zusammen. Der Geist der Gewerkschaften und des gewerkschaftlichen Kampfes konnte nicht ausgerottet werden.

Das zeigte sich nach der Befreiung im Jahre 1945, als die alten Gewerkschafter, aus Illegalität, Konzentrationslagern oder Emigration kommend, in allen Teilen Deutschlands gemeinsam an den Wiederaufbau der Gewerkschaften gingen, um die Lehren aus der Zerschlagung der Gewerkschaften, die Lehren des 2. Mai 1933, zu beherzigen und eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung zu errichten.

Mußte es so kommen?

Besonders für junge Gewerkschafter erhebt sich immer wieder die Frage: War dies alles unvermeidbar und war der 2. Mai 1933 unausweichlich? Konnte die Arbeiterklasse ihre Gewerkschaften und ihre andere Organisationen retten? Konnte sie der heraufziehenden faschistischen Gefahr und dann der Hitlerdiktatur erfolgreich Widerstand leisten?

Es gibt manche Leute, auch innerhalb der Führung des DGB, die weismachen wollen, daß ein wirksamer Widerstand unmöglich gewesen sei und lediglich „zu nutzlosem Blutvergießen geführt“ hätte. Aber mit dem 30. Januar 1933 kam dieses Blutvergießen, das sich über die Morde und Folterungen in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern fortsetzte und schließlich im zweiten Weltkrieg mit mehr als 60 Millionen Opfern zum größten Blutbad aller Zeiten wurde. Dieses Blutbad wäre zu verhindern gewesen, wenn die deutsche Arbeiterklasse geeint und stark ihren Willen erfolgreich durchgesetzt hätte. Die Einheitsbestrebungen waren in den Reihen der werktätigen Massen vorhanden. Der Wunsch der Arbeiter aller gewerkschaftlichen Richtungen wie auch der Unorganisierten war in den Jahren und Monaten vor der Errichtung der faschistischen Gewaltherrschaft immer stärker auf einheitliche Aktionen und gemeinsamen Kampf gerichtet. Es waren nicht die Massen, die versagten. Es waren die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, die ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen Arbeiterklasse nicht gerecht wurden.

Dazu ein kurzer geschichtlicher Rückblick

Ende 1929 wurde die kapitalistische Welt von einer tiefgehenden Wirtschaftskrise erfaßt. Deutschland wurde davon besonders schwer betroffen. Die Monopolisten wälzten die Auswirkungen der Krise rücksichtslos auf die Arbeiter und Angestellten ab. Betriebe wurden stillgelegt, und die Zahl der Erwerbslosen stieg auf über sechs Millionen. Viele Betriebe führten Kurzarbeit ein. Der Druck der Monopolherren auf die Arbeiter wuchs. Die Arbeiter und Erwerbslosen wehrten sich mit Demonstrationen und Streiks gegen die ungeheure Verschlechterung ihrer Lebenslage.

Um ihre Macht zu erhalten, ging die Bourgeoisie zum beschleunigten Abbau der bürgerlichen Demokratie über, 1932 ging es auf diesem Weg zur faschistischen Diktatur schnell voran. Gestützt auf den berühmten Artikel 48 der Weimarer Verfassung erließ die Brüning-Regierung weitere Notverordnungen und schaltete den Reichstag aus. Mit Hilfe dieser Notverordnungen wurden die Löhne der Arbeiter gekürzt, die Unterstützungen für die Erwerbslosen herabgesetzt und die sozialen Lasten der Werktätigen erhöht. Anstatt aber den Kampf gegen diesen Raub der demokratischen Rechte und gegen die drohende faschistische Gefahr zu organisieren, beugten sich die rechten Gewerkschaftsführer den Anordnungen der Regierung und den Zwangsschiedssprüchen. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß die Angriffe der Monopole auf die Lebenshaltung, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, Hand in Hand gehen mit dem Abbau der demokratischen Rechte und das Streben der Imperialisten nach offener und brutaler Diktatur begünstigen.

Die aggressivsten und reaktionärsten Gruppen des Finanzkapitals orientierten sich in den Jahren 1931/32 immer mehr auf die Hitlerpartei. Als im Juni 1932 die Brüning-Regierung zurücktrat, bildete der Junker und Militarist von Papen eine Regierung aus den reaktionärsten Kräften der Junker, Großindustriellen und der Reichswehr. Eine seiner ersten Maßnahmen war der Staatsstreich vom 20. Juli 1932, mit dem die sozialdemokratische Braun-Severing-Regierung in Preußen abgesetzt wurde. Die KPD bot damals den Vorständen der SPD und des ADGB entsprechend den Forderungen der Arbeiter an, gemeinsam den Kampf gegen die Papen-Regierung zu führen und mit dem Generalstreik zu antworten. Die rechten Führer der SPD und des ADGB lehnten jede Aktionseinheit ab und ihre Minister kapitulierten kampfflos.

Der sich verstärkenden politischen Erregung in der deutschen Arbeiterklasse, dem zunehmenden Einfluß der revolutionären Gewerkschafter und der wachsenden wirtschaftlichen Gefahr versuchten die herrschenden Kreise des deutschen Monopolkapitals durch die Übertragung der Regierungsgewalt an Hitler zu begegnen. Heute wollen gewisse Kreise nur zu gern verschleiern, wer hinter Hitler stand. Es waren dies die eigentlichen Herren des damaligen Deutschlands und des heutigen Westdeutschlands, die die blutigste Diktatur auf deutschem Boden vorbereiteten und errichteten. In einem Brief an den damaligen Reichspräsidenten Hindenburg verlangten im November 1932 die führenden Vertreter des deutschen Monopolkapitals, daß die Regierung endlich an Hitler übertragen werden müsse. In diesem Brief



Die Ruhr-Industriellen, die wahren Herren des Dritten Reiches (von links nach rechts: Korte, Najork, Flotow, Thyssen, Plumpe, Flick, v. Karpf, Borbet, Vögler und Poensgen)



Nazi-Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus in Ludwigshafen

heißt es: „Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung (gemeint ist die Nazi-partei, d. V.) führend an der Regierung beteiligt wird.“

(Aus: „Dokumentation der Zeit“, 1953, Heft 53, Spalte 3015.)

ITF

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITERFÖDERATION

Das letzte Werkzeug des Kapitalismus!

**ERSCHEINT
MONATLICH IN DEUTSCHER
ENGLISCHER, FRANZÖSISCHER,
SCHWEDISCHER UND SPANISCHER SPRACHE**

**AMSTERDAM - HOLLAND
VONDELSTRAAT 61
TELEGRAMMADRESSE
INTRANSFE AMSTERDAM
FERNSPRECHER 80186**

INHALT:

Allgemeines: Auf Wiederseh!	62
Entweder - Oder!	62
Das Schweizervolk lehnt den Lohnabbau ab	63
Das Problem der Reparationen und Kriegsschuldenzahlungen	64
Sitzung des Exekutivkomitees vom 7., 8. und 9. Juni 1933	65
Mitteilungen des Sekretariats:	66
Ein Anschlag auf den ungarischen Straßenbahnverband	66
Die Matifiz in Japan	66
Eisenbahner: Die wahren Verantwortlichen:	68
Die Lage der jugoslawischen Eisenbahnarbeiter	69
Unsere Untersuchung über die Werkstättenarbeiter	70
Dienstunfähigkeit des Lokomotivpersonals und deren Folgen (V)	71
Transportarbeiter: Der Londoner Personenverkehr in öffentlicher Hand	73
Werden und Vergehen	74
Seelente:	
Japan greift zu westeuropäischen Methoden	76
Esperanto	68



Jetzt mehr denn je: hoch die Solidarität!



Die Dreieinigkeit: Hitler, v. Papen und v. Blomberg



Die Stahlindustriellen August Thyssen, Dr. Vögler, Dr. Borbet mit Hitler auf dem Wege zum Düsseldorfer Industrieklub

Unter diesem Brief stehen die Namen von Fritz Thyssen, Albert Vögler, Hjalmar Schacht, Kurt von Schröder, Kurt Woermann und anderen Haien des deutschen Monopolkapitals.

Ihrerseits sah die Nazipartei in den Monopolherren den Geldgeber für ihre Schlägergarden. Bereits im Dezember 1926 hielt Hitler einen Vortrag vor rheinischen Großkapitalisten, der vom späteren „Führer der Deutschen Arbeitsfront“ Ley arrangiert war. Später veranlaßte Kirdorf vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat für alle ihm angeschlossenen Betriebe eine „Spende“ an die Hitlerpartei von 5 Pfennig je Tonne verkaufter Kohle (insgesamt 6 Millionen Mark pro Jahr). Im Januar 1933 überwiesen die Vereinigten Stahlwerke und der Hoesch-Konzern unter Voegler und Springorum eine Million RM für die SS. Der Gerling-Versicherungskonzern überwies Ende 1932 10 Millionen RM. Hitler versprach dafür den Monopolherren auf einer Konferenz im Februar 1933 „die totale Kontrolle des Reiches, die Abschaffung des parlamentarischen Systems, die Beseitigung der ‚roten‘ Opposition, die nationalsozialistische ‚Kontrolle‘ der Gewerkschaften und die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht durch wirtschaftsankurbelnde Aufrüstung“.

Vor allem diese Unterstützung Hitlers, seiner Partei, der SA und SS durch die aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals hat den 30. Januar und den 2. Mai 1933 ermöglicht. Das wird seit langem und besonders heute von Journalisten und Ideologen der Monopolbourgeoisie geleugnet. So wurden z. B. in der Sendereihe des westdeutschen Fernsehens „Das dritte Reich“ diese Zusammenhänge wohlweislich vertuscht und verheimlicht. Es wurden zwar die Greueltaten der Nazis geschildert, ihre Hintermänner, Drahtzieher und eigentlichen In-

Aus dem Dritten Reich

Wer hat in Deutschland gesiegt?

Der Schwerindustrielle und ungekrönte König der Ruhr, Thyssen!

Thyssen war Mitglied, Hauptfinancier und wirklicher Inspirator der Hitler-Partei vom Jahre 1927 an, als er und Vögler in Rom von Mussolini empfangen wurden. Thyssen wurde der vertraute Freund des „Führers“.

Finanzierung des Wahlfonds

Hitler unternahm niemals einen Schritt, ohne sich mit Thyssen und seinen Freunden zu beraten. Thyssen finanzierte systematisch alle Wahlfonds der nationalsozialistischen Partei. Er war es, der durch Mehrheitsbeschluß gegen die schärfste Opposition O. Wolffs und Klöckners in zwei politischen Zentren des deutschen Ruhrkapitals, im Essener Bergverein und in der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie durchsetzte, daß jeder Kohlen- und Stahlkonzern als besondere Pflichtsteuer einen bestimmten Betrag in die Wahlkasse der Nationalsozialisten abzuführen hätte. Deshalb wurde der Preis der Kohle in Deutschland erhöht.

Allein für die Präsidentenwahl im Jahre 1932 verschaffte Thyssen den Hitler-Leuten in einigen Tagen über drei Millionen Mark. Ohne Thyssens Hilfe wären die phantastischen Leistungen der Hitler-Agitationen in den Jahren 1930 bis 1933 nicht möglich gewesen.

Der ungekrönte König

Thyssen wurde zum Führer des neu vereinigten Verbandes der Westdeutschen Industrie, welchen die Hitler-Leute geschaffen haben, ernannt. Sein Freund, der Versicherungsdirektor Dr. Schmidt, ist Reichswirtschaftsminister. Göring beruft Thyssen als Hauptvertreter des Pri-

vatkapitals in den neuen preußischen Staatsrat.

Das ist aber nicht alles. Ende Juli setzte die Regierung Thyssen als „höchste staatliche Autorität“ für ganz Westdeutschland, das Zentrum der deutschen Industrie, ein. Die ihm anvertraute Machtvollkommenheit ist wahrhaftig diktatorisch. Alle Autoritäten Hitlers in diesen Provinzen sind ihm untergeordnet und müssen sich „in allen Fragen der Wirtschaftspolitik an ihn wenden und seine Entscheidung als endgültig ansehen“. (Aus dem Essener Schreiben des Führers an Thyssen.)

Thyssen hat sein Lebensziel erreicht: er ist jetzt politischer König an der Ruhr: die Sturmabteilungen sind nur die Prätorianergarde für seinen Trust. Thyssen hat Stinnes überboten.

Unternehmerrgelder für die Nazi

Dem „Völkischen Beobachter“ vom 16. Juni 1933 entnehmen wir folgende Anordnung:

„Am schwarzen Brett.

Partei- und oberster SA.-Führer, Reichsschatzmeister.

Anordnung.

Sämtliche Dienststellen der NSDAP, einschließlich SA., Hitler-Jugend und NSBO. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) usw. bis herab zur kleinsten Untergliederung sind verpflichtet, soweit sie eine laufende Unterstützung aus Wirtschaftskreisen beziehen, sofort die Höhe und Quelle dieser Unterstützung in eingeschriebenem Brief an die Kanzlei des Führers im Braunen Haus zu melden.

Gez. Rudolf Heß. Gez. Schwarz.“

Jahrrelang haben die Nationalsozialisten geschworen, auch nicht einen Pfennig von Unternehmern zu erhalten. Die Anordnung zeigt, daß nicht nur die NSDAP., sondern ebenfalls die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation von Unternehmern finanziert wird.

Kanonenkönig Krupp sammelt für Hitler

Unter der Leitung des Kanonenkönigs von Bohlen-Halbach haben die deutschen Unternehmerverbände sich verpflichtet, vom 1. Juni 1933 bis 31. Mai 1934 als „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ 5 Promille der von ihnen gezahlten Lohn- und Gehaltssummen, jedoch nicht weniger als 6 Reichsmark auch für den schlechtest-bezahlten Kurzarbeiter für die Parteizwecke der NSDAP. zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise erhält die Arbeiterpartei Hitlers von den Unternehmern im Laufe des Jahres mindestens 500 Millionen Mark.

Die Industrie weiß, warum, denn das amtliche Institut für Konjunkturforschung meldet zu gleicher Zeit: In den letzten Monaten sind die Lohn- und Gehaltskosten noch etwas gesunken.

Gewerkschaftliche Freiheit im Dritten Reich

Aus einer uns vorliegenden Einladung einer Ortsgruppe des gleichgeschalteten (früher freigewerkschaftlichen) Zentralverbandes der Angestellten in Hessen entnehmen

wir folgende „kollegiale“ Mitteilung des NSBO.-Kommissärs:

Wir verweisen ausdrücklich auf den Befehl des Herrn Kommissars, wonach Austritte aus dem Verband nicht möglich sind. In Ihrem eigenen Interesse ersuche ich die Mitglieder dringend, derartige Schritte zu unterlassen, da ich verpflichtet bin, dem Herrn Kommissar alle Einzelheiten zu melden, der entsprechende Maßnahmen einleitet und auch vor den schärfsten Schritten keinesfalls zurückschreckt... Um allen Mitgliedern genaueste Auskunft über die neuen Verhältnisse zu geben, berufe ich hiermit im Einvernehmen mit dem Herrn Kommissar eine Mitgliederversammlung ein. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Der Herr Kommissar hat angeordnet, daß alle Mitglieder unbedingt zu erscheinen haben. Ein Nichterscheinen bei dieser Versammlung wird als Sabotage gegenüber der Aufbauarbeit der nationalen Regierung betrachtet und entsprechend gewertet.

Ausschnitte aus «Der Industrie-angesatellte», Wien Nr. 7/9 1933

teressenten an dieser verderblichsten Zeit des deutschen Volkes blieben jedoch im Dunkeln.

Anläßlich des 30. Jahrestages der faschistischen „Machtübernahme“ hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund begonnen, in einer Dokumentation diese Verantwortung des deutschen Imperialismus nachzuweisen. Er wurde deshalb von der monopoligen Presse wütend beschimpft. Dazu schreibt „Die Andere Zeitung“ vom 31.1.1963: „Wer heute an die Unterstützung Hitlers durch die Großindustrie und die Reichswehr erinnert, wird als deutschfeindlich oder als kommunistischer oder osthöriger Staatsfeind denunziert.“

Gegen diese gefährliche Entwicklung wuchs in den Jahren 1931/32 der Drang der Gewerkschaftsmitglieder, wie überhaupt großer Teile der Arbeiterklasse, nach einem einheitlichen Kampf gegen die heraufziehende faschistische Gefahr. In vielen Orten Deutschlands begannen kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter, gewerkschaftlich Organisierte und Unorganisierte im Kampf gegen Lohnraub, Faschismus und Kriegsgefahr Einheitsfront-Ausschüsse zu bilden. Die im Mai 1932 entstandene Antifaschistische Aktion drang in die Betriebe ein und wurde zur mobilisierenden Kraft der großen Streikwellen im Frühherbst des gleichen Jahres. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Faschismus, rückte in den



Sie beteiligten sich nicht am faschistischen Mairummel in Berlin

Vordergrund. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse marschierte. In Berlin, Bernau, Chemnitz und in anderen Orten kam es zu Aussprachen und gemeinsamen Vereinbarungen zwischen den Leitungen der KPD und der SPD über gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen den Faschismus.

Auf örtlicher Ebene schlossen sich immer häufiger die Arbeiter aller Weltanschauungen bei führendem Einfluß der Kommunisten zur Abwehr der faschistischen Gefahr zusammen. Ein Beispiel für eine derartige gemeinsame Aktion war die Abwehr einer SA-Provokation am 17. Juli 1932, die als „Blutsonntag von Altona“ in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einging:

„Die Straßen waren zur Zeit des beabsichtigten Aufmarsches schwarz von Arbeitern. Die SA-Banden, von einem starken Polizeiaufgebot geschützt, traten äußerst provokatorisch auf. Es kam zu schweren Zusammenstößen, wobei die Nazis schossen. Die Arbeiter griffen zur Gegenwehr. Die Polizei ging gegen die Arbeiter vor. Aus den Zusammenstößen entwickelten sich schwere Straßenkämpfe. Die Arbeiter bauten Barrikaden. Die Polizei ging mit Maschinengewehren und Tränengas vor. Berittene Polizei mit Handgranaten wurde aufgeboten. Ganze Straßenviertel wurden abgeriegelt und Panzerwagen, die feuernd die Straßen durchführen, eingesetzt. Die Polizei schoß in die Häuser, besonders dorthin, wo rote, auch wo schwarz-rot-goldene Fahnen aus den Fenstern hingen. Die Polizei schoß gera-

dezu die Straßen leer. Trotzdem gelang es der SA nicht, den vorgesehenen Aufmarsch durchzuführen.“

(Aus: „Internationale Pressekorrespondenz“ 59/1932, Seite 1869.)

Auch der bekannte Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932, der letzte große Streik vor Errichtung der Hitlerdiktatur, bewies, daß die Arbeiter kampfbereit waren und nur auf den Ruf der Gewerkschaften warteten, um in Aktionseinheit dem Faschismus den Weg zu versperren.

Diese Erfahrungen des Jahres 1932 widerlegen alle Behauptungen der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, daß man angeblich nichts hätte gegen den Faschismus tun können und die Massen versagt hätten. An führender Stelle kämpfte damals Genosse Walter Ulbricht unermüdlich und beharrlich für die Schaffung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse gegen die zunehmende faschistische Gefahr. Auf der XVII. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig berichtet er darüber:

„Im Jahre 1932, als die sozialdemokratische preußische Regierung auf Befehl Papens von einem Oberleutnant mit drei Feldwebeln abgesetzt wurde – eine preußische Regierung, die 100 000 gut ausgebildete Polizisten hinter sich hatte –, hat unser Zentralkomitee mit Genossen Thälmann an der Spitze dem SPD-Parteivorstand vorgeschlagen, sofort Widerstand zu leisten. Wir schlugen vor, gemeinsam – Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Kommunistische Partei – die Arbeiterschaft zum Generalstreik und die Polizei zum Widerstand gegen die Diktatur und gegen die Absetzung der preußischen Regierung aufzurufen. Als der Faschismus dann vom deutschen Großkapital hochgepäpelt wurde, im Jahre 1932, erkannte die Arbeiterschaft in Berlin, welche große Gefahr bestand. Ich war Bezirkssekretär in Berlin. Mein Partner – sozusagen – war der Reichstagsabgeordnete Künstler von der SPD. Er war der Vorsitzende der Sozialdemokratie in Berlin. Ich habe ihm damals vorgeschlagen: gemeinsame Durchführung von Versammlungen ohne Vorbedingungen; Verzicht auf gegenseitige Kritik; es wird nur Stellung gegen den Nazismus genommen, Künstler ging auf diesen Vorschlag ein. Wir vereinbarten das, aber ein paar Tage später ordnete der Parteivorstand mit Wels an der Spitze an, daß diese gemeinsamen Versammlungen nicht durchgeführt werden dürften ...

Aber die Politik des Parteivorstandes der SPD, die Verhinderung der Aktionseinheit, mußte Künstler im Konzentrationslager mit seinem Leben bezahlen.

Als dann der Faschismus an der Macht war, wurden wir von unserem Zentralkomitee beauftragt, mit dem Teil des Parteivorstandes der SPD, der sich im Ausland, in Prag, befand, über ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen Hitler zu verhandeln. Ich war von unserer Seite mit der Leitung der Verhandlungen beauftragt. In Prag waren Wels, Stampfer, Herz und andere sozialdemokratische Führer. Wir haben das Protokoll über diese Besprechungen veröffentlicht. Wir haben keinerlei Bedingungen gestellt. Wir haben auch keine Kritik an der Politik der Sozialdemokratie geübt, nicht einmal daran, daß im Mai 1933 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Außenpolitik Hitlers gestimmt hat. Wir haben vorgeschlagen: Lassen wir alles Vergangene beiseite, und kämpfen wir gemeinsam gegen Hitler! Der SPD-Parteivorstand lehnte eine gemeinsame Erklärung mit der

Begründung ab – das hat man mir nur persönlich gesagt, das war nicht in den offiziellen Verhandlungen –, durch das gemeinsame Vorgehen könne eine künftige Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften erschwert werden.“

(Aus: „Tribüne“ vom 14. März 1963.)

Im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ werden diese Worte Walter Ulbrichts nochmals bestätigt:

„Die KPD war die einzige nationale, demokratische und humanistische Kraft, die unter Führung des ZK vom ersten Tage der faschistischen Diktatur an den Widerstand gegen die faschistischen Verderber der Nation organisierte, ihm durch ihre Führung Richtung und Ziel wies und damit die fortschrittliche, zukunftsweisende Linie der deutschen Politik verkörperte. Am 30. Januar 1933 und in den folgenden Wochen wandte sich das ZK der KPD mehrmals an die Vorstände der SPD und des ADGB mit der Aufforderung, gemeinsam den Generalstreik gegen die noch nicht konsolidierte faschistische Diktatur zum Sturz der Hitlerregierung zu führen und so die schrecklichen Gefahren, die vom Faschismus drohten, von der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volk abzuwenden.

Bereits am 30. Januar und in zunehmendem Maße in den Februartagen kam es in Städten und Betrieben Deutschlands zu Arbeiterdemonstrationen, Streiks und

GEWERKSCHAFTS-ZEITUNG

ORGAN DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Redaktion und Expedition: Berlin S 14, Inselstraße 6. Fernspr.: F 7, Jannowitz 6581

Das Blatt erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1,00 Reichsmark

BERLIN 16. Juli 1932

42. JAHRGANG

NUMMER 29

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Die jetzige Regierung gilt als der Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitstaat. Es ist der Zuchthausstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie Euch „Untermenschen“. Trotzdem haben sie um Eure Stimmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verlassungstreue Polizei beseitigt werden. Der leige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die harte Rente gekürzt. Die SA. marschieren in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsjacken der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedreht werden. Die SA.-Führer wollen die Zuchtrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesem braunen Spuk rücksichtslos ein Ende, schließt Euch zusammen in der eisernen Abwehrfront. Die Armeen des Dritten Reiches müssen an Euren festgelagerten Formationen zerschellen. Duldet keine Zersplitterung Eurer Kräfte. Fort mit den Nörglern und Kleingläubigen!

Aktivität! Jeder Einzelne sei ein Kämpfer!

Ausschnitt „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 16. Juli 1932/Nr. 29)

GEWERKSCHAFTS-ZEITUNG

ORGAN DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Redaktion und Expedition: Berlin SW 19, Inselstraße 6. Fernspr.: F 7, Jannowitz 6581

Das Blatt erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1,00 Reichsmark

BERLIN 4. Februar 1933

43. JAHRGANG

NUMMER 5

AN DIE MITGLIEDER DER GEWERKSCHAFTEN!

Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.

Berlin, den 30. Januar 1933.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Allgemeiner freier Angestelltenbund
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände

gegen den Willen der rechten Führung der SPD und der Gewerkschaften zu gemeinsamen Kampffaktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die faschistische Diktatur.“

(Aus: „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, X. Kapitel. In: „Einheit“, Sonderheft, August 1962, Seite 132.)

Dafür nur ein Beispiel: Am 30. Januar 1933 veranstaltete die Ortsgruppe Saalfeld der SPD einen Demonstrationszug mit anschließender Kundgebung. An dieser Veranstaltung beteiligten sich auch etwa 500 Kommunisten. Vor Beginn des Demonstrationszuges erklärte ein Sprecher der KPD, daß Hitlers Machtantritt kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zusammengeführt hätte und weiter zusammenschmieden würde. Deshalb nahmen auch sie an dieser gemeinsamen Kundgebung teil. Diese Worte wurden mit lautem Beifall von den Sozialdemokraten beantwortet. Der Redner der SPD richtete an die Arbeiter den Ruf, gemeinsam zusammenzustehen und zusammen zu kämpfen: „Jetzt gibt es nur noch eine Parole und das ist der Zusammenschluß des gesamten Proletariats.“

Im Gegensatz zur Kapitulations- und Tolerierungspolitik rechter ADGB-Führer vor dem Hitler-Faschismus kämpften viele Gewerkschafter unter Führung der KPD mutig gegen die Gefahr und dann gegen die Herrschaft des Faschismus. Unerschrocken traten sie im Frühjahr 1933 in vielen Teilstreiks und auch mit Demonstrationen der faschistischen „Machtergreifung“ entgegen. Am 21. Februar 1933 griffen z. B. eine Reihe von ADGB-Kartellen und lokalen Leitungen der Verbände der Holzarbeiter, der Metallarbeiter, der Zimmerer und der Fabrik- und Lederarbeiter in Thüringen und in Mitteldeutschland den Ruf der KPD und RGO zum antifaschisti-

schen Einheitskampf und Generalstreik gegen das faschistische Regime auf. Diese verantwortungsbewußten Gewerkschafter riefen unter der Losung „Eine Not, ein Feind, ein Kampf!“ alle Mitglieder und Leitungen der Gewerkschaften zur Aktion.

Verteidigung gegen SA-Überfälle, kleine gemeinsame Kundgebungen und verschiedene andere Formen des Widerstandes gegen die Hitlerdiktatur zeigten, daß in der Arbeiterklasse, besonders in ihrer Gewerkschaftsbewegung, der Wille vorhanden war, diese Gefahr zu verhindern. Auch der 1. Mai 1933, der von den Nazis zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ verfälscht worden war, brachte ihnen nicht den gewünschten vollen Erfolg. Unter großen Opfern und Schwierigkeiten wurden unter der Führung von Kommunisten Gegendemonstrationen in verschiedenen Gebieten und Orten, so im Ruhrgebiet, in Berlin, in Hamburg, in Halle, in Leipzig und am Niederrhein organisiert. In Berlin beteiligten sich kaum 30% der Belegschaften an dem faschistischen Mairummel.

Die verräterische Politik der rechten Führer der SPD und des ADGB, die alle Vorschläge zur Einheitsfront ablehnten und statt dessen demagogisch auf den Stimmtettel vertrösteten, hatte jedoch zur Folge, daß dieser Zusammenschluß der Massen in den Jahren 1932/33 zu langsam vor sich ging, um den 30. Januar und 2. Mai 1933 zu verhindern:

„Die Kraft der Kommunisten und der zum antifaschistischen Kampf bereiten Sozialdemokraten und Gewerkschafter reichte nicht aus, um über diesen Widerstand der rechten Führer hinweg die breite, antifaschistische Aktionseinheit der Massen der Arbeiterklasse zu schaffen. Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur wurde durch die Spaltung der Arbeiterklasse und der Volkskräfte ermöglicht, für die die Politik der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften die Hauptverantwortung trug.“

(Aus: „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, IX. Kapitel, in: „Einheit“, Sonderheft, August 1962, Seite 129.)

Die meisten Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der SPD setzten ihre verhängnisvolle Politik der Spaltung und des Antikommunismus fort, mit der Absicht, sich irgendwie mit dem Faschismus zu arrangieren, ihre Organisationen zu erhalten – wenn auch eingegliedert in das faschistische System. Die wiederholten Angebote der Kommunistischen Partei Deutschlands und der revolutionären Gewerkschafter zur Aktionseinheit wurden von ihnen zurückgewiesen.

Als z. B. am 20. Juli 1932 von Papen die Regierung Braun und Severing davongabte und die Sozialdemokratie damit von der Bourgeoisie einen Fußtritt erhielt, richtete das Zentralkomitee der KPD an die Vorstände der SPD und die Gewerkschaften erneut ein Angebot zum Generalstreik. Große Teile der Arbeiterklasse, in den Gewerkschaften. Im Reichsbanner, in der „Antifaschistischen Aktion“ warteten auf ein Signal. Die SPD- und ADGB-Führer aber antworteten, daß „Besonnenheit bewahrt“ werden müsse, die „Lage noch nicht entschieden“ sei und man den „Staatsgerichtshof angerufen“ habe. Die Massen wurden auf die Wahlen zum Reichstag, die einige Tage später stattfanden, vertröstet.

Das Ermächtigungsgesetz

Der Reichstag hat, nachdem er am 21. März in außerordentlich feierlicher Weise in der Garnisonkirche in Potsdam eröffnet worden war, am 23. März mit 441 gegen 94 Stimmen das von der Regierung vorgelegte Ermächtigungsgesetz angenommen. Es ist am folgenden Tage unter der Bezeichnung: „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, verkündet worden und hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1. Reichsgesetze können, außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren, auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Das gilt auch für die im Artikel 85, Absatz 2, und Artikel 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4. Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft. Es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Obwohl die ADGB-Führung selbst schrieb, daß die Papen-Regierung der Wegbereiter der Hitlerdiktatur sei und diese ein „Zuchthausstaat würde, wie er selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden habe“, daß Blutjustiz, feiger Terror durch braune Polizei, Raub der gewerkschaftlichen Freiheiten, Arbeitsdienstpflicht und vieles andere kommen würde (vgl. „Gewerkschafts-Zeitung“ Nr. 29/1932), erklärten sie im gleichen Atemzug:

„Das Maß der politischen Reaktion derer um Hitler muß noch voller werden, es muß erst überlaufen, überlaufen so deutlich, daß die Millionenmassen des Volkes diesen Prozeß ganz genau erkennen. Deshalb mußte Disziplin gehalten werden, wenn es dem einen oder dem anderen auch sehr schwer fiel.“

(Aus: „Aufwärts“ vom 28. Juli 1932.)

Auch am 30. Januar 1933 lehnten sie wiederum das Angebot der Kommunistischen Partei Deutschlands zum gemeinsamen letzten entschlossenen Kampf ab und wandten sich stattdessen mit folgendem Aufruf an die Gewerkschafter:

„An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im

*Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist **kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.** (Hervorhebung d. V.)*

Berlin, den 30. Januar 1933

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,

Allgemeiner freier Angestelltenbund

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften,

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände“.

(Aus: „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 4. Februar 1933, Seite 65.)

Über die 13. Sitzung des Bundestagsausschusses des ADGB am 31. Januar 1933, die sich mit der Lage anlässlich des Machantrittes Hitlers beschäftigte, schrieb die offizielle „Gewerkschafts-Zeitung“:

„Organisation – nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt. Sie werden dieser Losung durch verstärkte Werbetätigkeit auch in der kommenden Zeit treu bleiben ...

... Daß die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschult ist, sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden.“

(Aus: „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 4. Februar 1933, Seite 67)

In den folgenden Wochen taten diese Gewerkschaftsführer alles, um die Kampfentschlossenheit der Massen zurückzudrängen. Theodor Leipart schrieb selbst darüber:

„Fast alle Gewerkschaftshäuser wurden im März und April zum Teil wiederholt erstürmt, die Büroräume mit ihren Einrichtungen zerschlagen, die Akten auf die Straße geworfen und vielfach verbrannt.



Nazis raubten die Bundesschule des ADGB in Bernau

Auch die Bundesschule in Bernau mußte dieses Schicksal erleiden. Unzählbar sind daneben die Brutalitäten gegen Einzelpersonen, die sich irgendwie bei den Nazis mißliebig gemacht hatten. Körperliche Mißhandlungen, auch von Frauen, in brutalster Art bis zum grausamsten Mord waren zahlreich jeden Tag aufs Neue zu verzeichnen. Mancher brave Gewerkschaftsfunktionär kam in jenen Tagen zu uns ins Bundeshaus und zeigte uns seine Verletzungen und seinen blutunterlaufenen Körper. Gleich in den ersten Tagen füllten sich auch die Gefängnisse und die Konzentrationslager. Ungezählte Beamte, Angestellte und Arbeiter wurden fristlos von ihren Stellen vertrieben und durch Angehörige der Nazipartei ersetzt. Gewiß hat jeder organisierte Arbeiter in diesen Tagen und Wochen die Fäuste geballt und den lebhaften Wunsch gehabt, dreinzuschlagen. Vertreter des Bundesvorstandes waren jeden Tag unterwegs, um an den einzelnen Regierungsstellen gegen die gesetzwidrigen Eingriffe Protest einzulegen und Schutz zu fordern. Aber ohne wirklichen Erfolg, trotz der ‚freundlichen‘ Äußerungen über die Gewerkschaften und die Notwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung, mit denen man ihnen vielfach entgegentrat.“

(Aus den handschriftlichen Aufzeichnungen vom Juli 1945 im Nachlaß Theodor Leiparts.)

Trotz dieser Kenntnisse über den braunen Terror hat damals der ADGB-Bundesvorstand zusammen mit dem Parteivorstand der SPD alle Vorschläge des Zentralkomitees der KPD zum gemeinsamen Handeln abgelehnt! Die rechten Führer wählten einen anderen Weg, um ihre Haut zu retten – wie sie hofften! Darüber schreibt wiederum Theodor Leipart:

„Am 21. März sandte ich im Auftrage des Bundesvorstandes an Hitler einen Brief, in dem ich darlegte, daß die Gewerkschaften ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung seien! Die Tarifgemeinschaften seien Beweis dafür, daß die Gewerkschaften von dem Willen geleitet seien, die Vertretung der Arbeiterinteressen in freier Vereinbarung mit den Unternehmern wahrzunehmen. Durch die Anerkennung des staatlichen Schlichtungswesens hätten sie gezeigt, daß sie auch das Recht des Staates anerkennen, in die Auseinandersetzungen mit den Unternehmern einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse es erforderlich mache. Die Gewerkschaften seien bereit, im Sinne einer Selbstverwaltung der Wirtschaft dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammen zu wirken.

Eine staatliche Aufsicht über solche Gemeinschaftsarbeit der freien Organisationen der Wirtschaft könnte ihr unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern.

Auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken, werde von den Gewerkschaften nicht beabsichtigt. Sie beanspruchen auch kein Monopol für sich.“

(Ebenda.)

Und das zu einem Zeitpunkt, wo der faschistische Terror sich längst gegen die Gewerkschaften, ihre Funktionäre, Mitglieder und Einrichtungen richtete. Die „gesetzlichen“ Grundlagen der Hitlerherrschaft (die damaligen Notstandsgesetze) gaben dazu die Handhabe.

Die „Notverordnung gegen Verrat am deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe“ und das sogenannte „Heimtücke-Gesetz“ vom 21. März bildeten dann die Grundlage für die Nazi-Blutjustiz, von deren Vertretern mehr als tausend Staatsanwälte, Richter und höhere Justizbeamte heute in Westdeutschland noch in Amt und Würden sind und wieder Hitlergegner verurteilen. Durch diese ungesetzlichen Maßnahmen schuf sich die Hitlerregierung die Grundlage für das verfassungsändernde „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933. Westdeutsche führende Politiker, wie Lemmer, Schäffer, Krone, Vockel, Heuß und andere gaben damals als Mitglieder des Reichstages diesem Gesetz ihre Zustimmung. Das Ermächtigungsgesetz gewährte der Naziregierung das Recht, entgegen der Verfassung, ohne Zustimmung des Reichstages und des Reichsrates, Gesetze zu erlassen. Die Regierung erhielt das Recht, auch Gesetze verfassungsändernden Charakters zu fassen.

In dieser Zeit waren bereits mehr als 15 000 Arbeiter und andere Gewerkschafter in den Kellern der SA eingekerkert. Fast täglich wurden Gewerkschaftshäuser gestürmt und geplündert. Bis zum 7. März lagen Meldungen aus mehr als 160 Orten über die Besetzung von Gewerkschaftshäusern vor.

So wurden in der Nacht vom 10. zum 11. März das Zentralhaus des Bergarbeiterverbandes in Bochum von SA besetzt, der Vorsitzende Husemann, andere Vorstandsmitglieder und Redakteure wurden verhaftet. In München wurde das Gewerkschaftshaus von 600 bewaffneten NSBO-Leuten gestürmt. Die Bundesschule in Bernau wurde am 8. März 1933 von SA besetzt, was ihren Schulleiter nicht hinderte, seinen Schülern am 1. Mai aus Hitlers Machwerk „Mein Kampf“ vorzulesen. Die meisten Gewerkschaftszeitungen wurden mehrfach verboten.

Im März/April sollten die Wahlen zu den Betriebsräten stattfinden. Das hätte zu wirksamen gemeinsamen Aktionen der einheitlich handelnden Arbeiterklasse für ihre gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte, gegen den faschistischen Terror führen können. Was aber taten die Führer des ADGB? Auf der Betriebsrätekonferenz des ADGB und des AfA-Bundes am 22. Januar 1933 in Berlin erklärte Clemens Nörpel:

„Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse in den Betrieben hat mit Parteipolitik nichts zu tun. ...

Es kann auch gar nicht klar und nüchtern genug ausgesprochen werden, daß die sogenannten Einheitslisten, welche die Kommunisten in den Betrieben aufzustellen versuchen, für uns als Gewerkschafter nicht in Betracht kommen. Kein Gewerkschaftskollege hat auf einer sogenannten ‚Einheitsliste‘ etwas zu suchen, und jeder Gewerkschaftskollege, der es trotzdem tut, handelt gegen die Beschlüsse. ... Die Belegschaften und die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich ein für allemal darüber klar sein, daß aus dem sogenannten Einheitsrummel der Kommunisten nichts Vernünftiges werden kann.“

(Aus: „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 28. Januar 1933, Seite 56.)

Gleichzeitig wandte sich der ADGB-Vorstand an den Naziarbeitsminister, den Stahlhelmführer Seldte, um untertänigst auf Zwangsmaßnahmen gegenüber Betriebsräten aufmerksam zu machen und „um Schutz zu bitten.“ Mit Bittgesuchen



Nazis schänden Gewerkschaftshaus in Wildbad im Schwarzwald

und gebeugtem Rücken glaubte man irgendwie mit den Nazis zurechtzukommen, um wenigstens die eigenen Positionen zu retten.

Während sich die rechten Gewerkschaftsführer weiterhin bei den Naziführern anbiederten, bereiteten die Arbeiter bei den Betriebsrätewahlen dem Naziregime eine eindeutige Niederlage. Mutig setzten sich die Arbeiter gegen den brutalen Terror

und gegen die ideologische Vergiftung zur Wehr. Mit allen Mitteln versuchten die Nazis bei den Betriebsrätewahlen ihren Einfluß bei den Arbeitern zu verstärken. Kommunistische und sozialdemokratische Betriebsräte wurden verhaftet. Antifaschistische Kandidaten wurden mit Gewalt gezwungen, von der Kandidatur zurückzutreten. Obwohl die Nazis am Wahltag die Wahlräume besetzt hielten und selbst die Stimmenauszählung vornahmen, mußten sie ihre eklatante Niederlage eingestehen. Die nazistischen Kandidaten erhielten nicht einmal 15 Prozent der abgegebenen Stimmen. Vor aller Welt war bewiesen, daß die Betriebsarbeiter in ihrer überwältigenden Mehrheit weder der verlogenen Propaganda der Nazis erlegen waren, noch sich dem braunen Terror beugten.

Wutentbrannt untersagten daher die Nazis am 4. April 1933 die Fortführung der Betriebsrätewahlen und zerschlugen bis Ende des Jahres die Organisationen der Betriebsräte.

Selbst nachdem die Betriebsrätewahlen untersagt waren, fanden die rechten Gewerkschaftsführer nicht die Entschlossenheit und den Mut, die Mitglieder dagegen zu mobilisieren.

In der noch erscheinenden Gewerkschaftspresse versuchte man nachzuweisen, daß es zwischen Gewerkschaftsführung und Nazis eigentlich keinerlei wesentliche Widersprüche gäbe. So wurde im Leitartikel der „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 1. April 1933 erklärt, daß der ADGB immer von den gleichen Grundgedanken ausgegangen sei, die Hitler in seiner Programmrede vor dem Reichstag genannt hätte. Die Zeitschrift des ADGB „Die Arbeit“ brachte in ihrer letzten Nummer vor dem Verbot einen umfangreichen Artikel des später von den Nazis ermordeten Chefredakteurs Lothar Erdmann „Nation, Gewerkschaften und Sozialismus“. Er warf darin alles über Bord, was der deutschen Arbeiterbewegung heilig war. So erklärte er, daß der Verrat der SPD-Führer von 1914 und ihre Burgfriedenspolitik bedeute, daß sie „Sozialisten unter schwarz-weiß-roten Fahnen“ gewesen seien. Aus ihrem Verrat des Jahres 1914 hätten sie nur noch eindeutiger, „weit über den Kreis der Anhängerschaft hinaus wirkende Folgerungen“ zu ziehen gehabt. Erdmann lehnte weiterhin den Marxismus als wissenschaftliche Weltanschauung ab, mobilisierte alle reformistischen und revisionistischen Verrätereien in der Vergangenheit als Beweis dafür, daß man sich doch eigentlich gar nicht so sehr vom Faschismus unterscheide: „Der grundsätzliche Antimilitarismus der Sozialdemokratie nach dem Kriege erweckte die gefährliche Illusion, als gäbe es einen Frieden an sich“. Man hätte damals die Arbeiterschaft „im Zeichen eines deutschen Sozialismus“ (wörtlich wie Goebbels, d. V.) führen müssen, das „hätte auch ihrem Kampf gegen den volksfremden Kommunismus russischer Herkunft eine ganz andere Kraft und überzeugende Frische gegeben, als die noch so gut gemeinten Versuche unverbesserlicher Ideologen, die Einheitsfront herzustellen.“ Diese „theoretische“ Plattform für die Gleichschaltung der Gewerkschaften im faschistischen Deutschland – sie kann in weiten Passagen wörtlich heute von Leber und auch von Rosenberg übernommen werden – schließt mit den Worten:

„Die Gewerkschaften haben ihre Bereitschaft erklärt, auch im neuen Staate mit-

zuarbeiten. Sie brauchen, auch wenn sie manches aufgeben müssen, was ihrem geschichtlichem Wesen entsprach, ihre Devise ‚Durch Sozialismus zur Nation‘ nicht zu ändern, wenn die nationale Revolution ihrem Willen zum Sozialismus sozialistische Taten folgen läßt.“

(Aus: „Die Arbeit“, Nr. 3/1933, Seite 161.)

Diesen Worten folgten die Taten. Am 9. April 1933 bat der Bundesvorstand des ADGB um die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften. Ebenso verhielten sich die anderen gewerkschaftlichen Richtungen. Die Führer der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften boten am 11. April 1933 von sich aus die Beteiligung an den faschistischen Veranstaltungen am 1. Mai an und erklärten ihren Übertritt zu den Nazis. Am 13. April 1933 trafen sich Vertreter des Bundesvorstandes des ADGB mit der Leitung der NSBO. Das wurde von der Nazi-presse mit den Worten kommentiert: „Leipart und Genossen unterstellen sich dem Führer.“

Der Tiefpunkt in Würdelosigkeit

Und dann kam der Tiefpunkt in Würdelosigkeit und in Verrat, der zu den schwärzesten Tagen in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung führte. Mit einem Aufruf wandte sich der Bundesvorstand des ADGB an die Gewerkschafter, damit diese am 1. Mai unter dem Hakenkreuz marschierten:

„An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Kollegen und Kolleginnen!

Im Zeichen des 1. Mai habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des 1. Mai erglühete stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeiterdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt ihr im Zeichen des 1. Mai euch den gesetzlichen Achtsturentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert.

Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag, erklärt hat.

An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden.

Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden.

Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land! Ihr seid die Pioniere des Maigedankens. Denkt immer daran und seid stolz darauf. In herzlicher Kameradschaft

mit euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß.

Berlin, 15. April 1933

*Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.“
(Aus: „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 22. April 1933, Seite 241.)*

Der bekannte westdeutsche Gewerkschafter und Wissenschaftler Professor Wolfgang Abendroth schreibt darüber:

„Es soll nicht verschwiegen werden, daß diese Überlegungen zu verantwortungs- und würdeloser Anbiederung an die zynischen national,sozialistischen‘ Sieger in der ‚Gewerkschaftszeitung‘ vom 29. 4. 1933 geführt haben, und daß einige Gewerkschaftsführer die widerliche Maskerade, in die der internationale Tag der Arbeit am 1. Mai 1933 umgefälscht wurde, als Statisten unterstützten. Am 2. Mai 1933 bekamen sie die Quittung: Die SA besetzte die Gewerkschaftshäuser. Die Gewerkschaften aller Richtungen wurden aufgelöst oder ‚übernommen‘. Die freien und selbstbewußten Organisationen der deutschen Arbeitnehmer wurden nach 70jähriger Geschichte zerschlagen und durch die Zwangsorganisation der DAF ersetzt.“

(Wolfgang Abendroth: „Die deutschen Gewerkschaften“, Heidelberg 1954, S. 34.)

Nachdem die Nazis den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, den 1. Mai, zum bezahlten Feiertag erklärt hatten, erwarteten sie ein Einschwenken der Arbeiter auf ihre Politik. Neben „Aufmärschen“, bei denen sich die Arbeiter anhören mußten, was ihnen die Naziführer vorgaukelten, organisierte man „Kameradschaftsabende“ mit Freibier der Unternehmer.

Entsprechend den Empfehlungen der Nazipartei marschierten auch Fabrikbesitzer und -direktoren in der ersten Reihe mit, tranken mit den Arbeitern Bier und klopfen ihnen jovial auf die Schultern, so „Betriebs- und Volksgemeinschaft“ demonstrierend.

Diese Demonstrationen unter Nazifahnen und Nazilosungen mit Beteiligung der Kapitalisten und der Reichswehr waren ein großer Volksbetrug zur Schaffung der Illusion, daß die Arbeiter angeblich gleichberechtigt und Klassen und Klassenkampf nur Erfindungen der Marxisten seien. Viele Arbeiter hatten nicht erkannt, daß es dem Monopolkapital mit den für den 1. Mai aufgewendeten Summen nur um höheren Profit durch Abbau der Löhne und Arbeitsbedingungen, um Kurs auf Kriegsvorbereitung ging. Und für diesen Massenbetrug hatten sich durch ihren Aufruf Gewerkschaftsführer hingegeben.

Der 2. Mai 1933 kam nicht überraschend als Blitz aus heiterem Himmel, wie heute manche westdeutsche Historiker und Publizisten im Auftrage der Monopole und rechten DGB-Führer weismachen wollen. Es war der Höhepunkt einer Kette von Verrat und Spaltung, einer Kette ständiger Kapitulation der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer vor den reaktionärsten und faschistischen Kräften. Es zeigte sich, daß Anbiedere und Versuche, sich „einzugliedern“, den Klassenfeind ermuntern, nur noch brutaler und entschlossener zuzugreifen, um die Arbeiterklasse zurückzudrängen und ihre Organisationen zu vernichten.

GEWERKSCHAFTS-ZEITUNG

ORGAN DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Redaktion und Expedition: Berlin SW 19, Inselstraße 6, Ferngr. 77, Jannowitz 6581
Das Blatt erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1,00 Reichsmark

BERLIN 23. April 1933

43. JAHRGANG

NUMMER 16

AN DIE MITGLIEDER DER GEWERKSCHAFTEN I

Kollegen und Kolleginnen!

Im Zeichen des 1. Mai habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgelast unermüdet zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des 1. Mai erglühete stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen besessenen deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt ihr im Zeichen des 1. Mai auch das gesetzliche Achtstundentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert.

Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat.

An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden.

Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land! Ihr seid die Pioniere des Maigedankens. Denkt immer daran und seid stolz darauf.

In herzlichster Kameradschaft mit euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß.

Berlin, 18. April 1933.

Der Bundesvorstand

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

DER BUNDESAUSSCHUSS DES ADGB. ZUM 1. MAI

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 19. April folgenden Bescheid gefaßt:

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pflichten dem Maigedanken, ihr die Ehre der schaffenden Arbeit und ihr die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich abzuverleihen an der von der Regierung veranstalteten Feier teilzunehmen.

Der Bundesausschuss erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitenden Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstminderung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

Es muss dringend bei uns, daß die Beschlüsse der Regierung an Arbeitsbeschaffung und Steigerung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind auch wie vor her, dass Beschlüsse mit allen Kräften zu unterstützen.

Wir schließen diesen Abschnitt mit Worten aus dem „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, die diese Entwicklung kennzeichnen:

„Unter den Bedingungen des grausamen faschistischen Terrors und unter Überwindung vieler anderer Schwierigkeiten ging die Partei zur Illegalität über und setzte, getreu den Prinzipien, die sie seit ihrer Gründung befolgt hatte, ihren Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus, für die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Nation mutig fort.

Ein Teil der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften dagegen versuchte, während schon viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter von den Hitlerbanden eingekerkert oder ermordet waren, sich dem faschistischen Staat ‚anzupassen‘, um so ein Weiterbestehen ihrer Organisation zu ermöglichen. Die rechten Führer des ADGB riefen sogar zur Beteiligung an den faschistischen Maidemonstrationen auf. Sie unterstützten damit die Zerschlagung der Gewerkschaften durch den Faschismus. Die dem Reichstag noch angehörenden sozialdemokratischen Abgeordneten gaben im Mai 1933 der Außenpolitik Hitlers ihre Zustimmung. Diese Kapitulation vor dem Faschismus hemmte den antifaschistischen Kampf und ermutigte die Faschisten nur dazu, die Gewerkschaften ‚gleichzuschalten‘ und im Juni 1933 auch die SPD zu verbieten. Gleichzeitig wurden alle übrigen Organisationen der Arbeiter und der anderen Werktätigen aufgelöst, die bürgerlichen Parteien ‚gleichgeschaltet‘, Judenpogrome entfesselt, alle wahrhaft humanistischen Ideen unterdrückt und die besten Vertreter der deutschen Kultur verfolgt.“

(Aus: „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, X. Kapitel. In: „Einheit“, Sonderheft, August 1962, Seite 132.)

Die dem 30. Januar und 2. Mai 1933 folgenden zwölf Jahre Herrschaft des Hitlerfaschismus, davon fünf Jahre Raubkrieg, hatten das deutsche Volk in die tiefste nationale Katastrophe gestürzt. Sechs Millionen Tote, völliger wirtschaftlicher Ruin und schwerste Verwüstungen waren das Erbe. Die Politik der herrschenden Klassen hatte völlig bankrott gemacht. Unter diesen Bedingungen lag auf der deutschen Arbeiterklasse eine hohe nationale Verantwortung. Sie war die einzige Kraft, die das deutsche Volk vor dem Untergang retten und auf den neuen Weg des Aufstiegs zu einem friedliebenden und demokratischen Deutschland führen konnte.

Am 25. Juli 1945 zog Walter Ulbricht die Lehren aus diesen schwärzesten Tagen in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Seine damaligen Worte sind heute noch für die Gewerkschaftsbewegung in beiden deutschen Staaten Richtschnur:

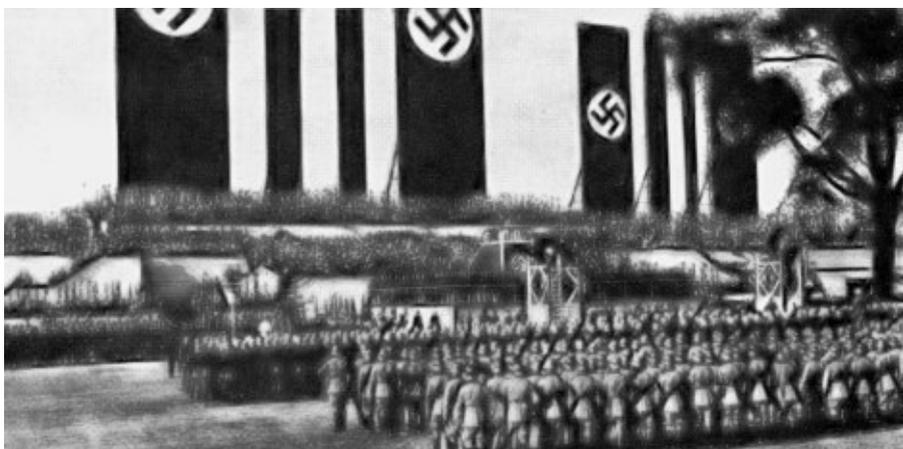
„Der Aufmarsch am 1. Mai 1933, das war der erste Aufmarsch für den Krieg. Nur wenn die deutsche Arbeiterklasse und die Gewerkschafter die Ursache des Zusammenbruchs der deutschen Gewerkschaften erkennen und verstehen, nur wenn die Gewerkschaftsfunktionäre die Arbeiter im Geiste der Erkenntnis ihrer sozialen Lage, im Geiste des Klassenbewußtseins erziehen, werden sie ihre geschichtliche Aufgabe beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands erfüllen können.“

(Aus: Walter Ulbricht, „Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958“, Berlin 1958, Seite 37.)

Die Voraussetzung dafür war die Herstellung ihrer Einheit. Die bitteren Lehren der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges hatten bei vielen Arbeitern, Gewerkschaftern und Funktionären die Entschlossenheit reifen lassen, die Spaltung der Arbeiterklasse endgültig zu überwinden. Viele Mitglieder und Funktionäre der SPD waren mit den Kommunisten zum gemeinsamen Kampf bereit. Viele Mitglieder und Funktionäre des früheren ADGB lösten sich Schritt für Schritt von den verhängnisvollen reformistischen Traditionen und begannen in allen Teilen Deutschlands, um den Aufbau neuer, freier Einheitsgewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu ringen.

In ehrlicher Entschlossenheit, die Fehler der Vergangenheit nicht wieder zuzulassen, in echter sozialistischer Selbstkritik waren unter ihnen auch zahlreiche Funktionäre des ADGB. Hermann Schlimme und Walter Maschke, Sekretäre des Bundesvorstandes des ADGB, nahmen aktiven Anteil an der Schaffung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, als der ersten einheitlichen fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Geschichte. Theodor Leipart, der frühere Vorsitzende des ADGB, wandte sich kurz vor seinem Tode im Jahre 1947 mit einem Schreiben an den Bundesvorstand des FDGB, in dem er das Zustandekommen der Einheit der Gewerkschaften aus allen früheren gewerkschaftlichen Richtungen ausdrücklich begrüßte. Bernhard Göring, der frühere Vorsitzende des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes, wurde 2. Vorsitzender des FDGB und hatte wesentlichen Anteil an seiner Schaffung und Entwicklung.

Im Gegensatz dazu setzte eine Gruppe antikommunistischer Führungskräfte in den westdeutschen Gewerkschaften ihre Zusammenarbeit mit dem Monopolkapital fort. Leute wie Fritz Tarnow, die auch während des zweiten Weltkrieges auf ihren antikommunistischen Positionen geblieben waren und alle Einheitsfront-Angebote



Faschistische Veranstaltung am 1. Mai 1933



sabotiert hatten, ignorierten den Herzenswunsch der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter nach gemeinsamem Kampf und gemeinsamem Aufbau. Sie ließen die Bestrebungen dieser überwältigenden Mehrheit der deutschen Gewerkschafter nach Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zur Ausrottung des deutschen Militarismus scheitern.

Es gibt zahlreiche Versuche in Westdeutschland, diese historische Wahrheit zu entstellen, die Ursachen der Errichtung des Faschismus im Jahre 1933 zu verdecken und vor allem die notwendigen historischen Lehren für heute zu negieren. So heißt es in der „Welt der Arbeit“ vom 25. Januar 1963: „Die Macht der großen Monopole, ihr Einfluß auf politische Entscheidungen der Wählerschaft ist heute unvergleichlich geringer als damals.“ Aber genau das Gegenteil ist richtig. Heute haben in Westdeutschland die alten, reaktionären Kräfte größeren Einfluß als je zuvor. Der Bonner Staat ist der Klassenstaat der reaktionärsten Gruppen der Monopolkapitalisten. Das wurde auch auf dem 6. DGB-Kongreß und bei verschiedenen Gewerkschaftstagen festgestellt. Heute herrschen in Westdeutschland wieder, wie schon unter Hitler, die Wehrwirtschaftsführer und Nazigenerale, Sie streben nach der Vorherrschaft in Westeuropa und in der NATO. Es sind jene Militaristen und Revanchisten, die die Achse Bonn–Paris schufen. Sie fordern Atomwaffen, mißachten den Willen der Bevölkerung nach Frieden und bereiten neue Aggressionen vor.

Zeigt dies nicht den unheilvollen Einfluß der großen Monopole? Die Vergangenheit lehrt, daß Aggressionen nach außen mit aggressiven Maßnahmen im Inneren

beginnen. So auch jetzt: Die KPD wurde in Westdeutschland verboten. Die Verfolgung beschränkt sich aber nicht nur auf die Kommunisten, wie die Nacht-und-Nebel-Aktion gegen den „Spiegel“, die Hetze gegen Schriftsteller, Wissenschaftler und Kulturschaffende, das Eingreifen der Nazigenerale in Sendungen des Fernsehens und Polizeiaktionen gegen Betriebsräte und Gewerkschaften beweisen. Über 1000 Nazi-Juristen, unter ihnen Hunderte, die ungezählte Gewerkschafter in den Kerker und aufs Schafott schickten, verurteilen wieder Antifaschisten und Gewerkschafter.

Jene Vertreter der Monopolherren, die am 23. März 1933 dem faschistischen Diktatargesetz zustimmten, haben auch verhindert, daß sich nach 1945 in ganz Deutschland wahrhaft demokratische Verhältnisse entwickeln konnten. Ein „Altbundespräsident“ Theodor Heuß, ein Heinrich Krone, heute Sonderminister Adenauers und geschäftsführender Vorsitzender im Verteidigungsrat der Bonner Regierung, die ehemaligen Spionageminister Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, ein Heinrich Vockel und viele andere, die im Adenauer-Staat hohe Ämter innehaben bzw. hatten, stimmten damals Hitlers Ermächtigungsgesetz zu. Adenauer selber hatte eine Woche nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes im März 1933 vor der Kölner Stadtverordnetenversammlung erklärt: „Wir begrüßen die Vernichtung und Bekämpfung des Marxismus, die in dem heutigen Umfange in der Nachkriegszeit bisher nicht möglich war.“

Heute will die Adenauer-Regierung – wie einst die Hitlerregierung – mit Notstandsgesetzen die innenpolitischen Voraussetzungen für die aggressive und abenteuerliche Außenpolitik der westdeutschen Imperialisten schaffen. Rechte SPD- und DGB-Führer, die von einer „demokratischen“ Notstandsgesetzgebung sprechen, verbreiten Illusionen wie einst Wels und Co. Die Brandt, Wehner, Leber u. a. sind längst offen auf die Positionen der Bonner NATO-Politik übergegangen, auf die Positionen der neuen und doch so alten Revanchepolitik des deutschen Imperialismus.

Hand in Hand mit der Verschlechterung der Leistungen der Sozialversicherung durch das „Sozialpaket“, mit dem Angriff auf die Löhne durch „Lohnpause“ u. ä. geht der weitere Abbau der Demokratie. Die Notstandsgesetze bedrohen vor allem die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften.

Die Gleichschaltung der Gewerkschaften soll auf kaltem Wege, mit „feineren“ Methoden erreicht werden. Die Bonner Machthaber rechnen dabei mit willigen Helfern in der Führung der SPD und des DGB. Wehner konnte auf dem 6. DGB-Kongreß – trotz des Druckes auf die SPD-Mitglieder – sein Ziel, die Gewerkschaften auf die Beschlüsse von Godesberg und Hannover festzulegen, nicht erreichen. So wie vor 30 Jahren der Vorstand des ADGB auf die Linie des Faschismus einschwenkte, versuchen heute die Wehner-Leute im DGB, die Leber und Gutermuth die Gewerkschaften zum Einschwenken auf die Politik der Bonner Machthaber zu veranlassen. Leber sabotiert die Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses und warb im Bonner Bundestag für die Notstandsgesetze. Leber will den Gewerkschaften „Ordnungsfunktionen“ im Bonner Staat der Militaristen und Monopolherren zuweisen. Der Bonner Staat ist aber der Staat der aggressivsten, revanchistischsten Kräfte des Monopolkapitals, der alten Feinde der Arbeiterklasse von 1933 und der Zerstörer ihrer Ge-

werkschaften, die keineswegs ihre Pläne und Ziele aufgegeben haben und heute wieder alle Machtpositionen besetzt halten.

Gegen diese Kräfte einig und entschlossen den Kampf aufzunehmen, das ist die Lehre des 2. Mai 1933. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist die Kraft, die den Gefahren in Westdeutschland Einhalt gebieten kann. Der DGB kann seiner Aufgabe als Klassenorganisation nur gerecht werden, wenn er alle Gleichschaltungsversuche zurückweist und eine Politik einschlägt, die sich auf die Kampfkraft der Arbeiterklasse, auf ihre Aktionseinheit stützt und den Interessen der Arbeiterklasse und dem Frieden dient. Das verlangt, daß der DGB den Kampf um die Zurückdrängung der Macht der Monopole führt und die Beschlüsse seines 6. Kongresses verwirklicht. Das heißt, die Gewerkschaften zu einer starken Kraft im Kampf des ganzen Volkes zu machen, die finsternen Pläne der Militaristen und Revanchisten, die Notstandsgesetze und alle Diktaturbestrebungen zu verhindern.

In Gelsenkirchen, Hamburg, Düsseldorf, Velbert, Braunschweig, München und in vielen anderen Städten Westdeutschlands haben sozialdemokratische Funktionäre und Mitglieder sowie Atomkriegsgegner in den letzten Tagen und Wochen die Bonner Notstandsdictatur verurteilt. Sie haben verstanden, was der 2. Mai 1933 eindringlich bewies: Kapitulation vor der Reaktion nützt niemals der Demokratie! Der Ausweg liegt in der Forderung, die Walter Ulbricht auf der XVII. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig am 9. März unter Zustimmung der westdeutschen Teilnehmer erhob:

„Es ist die Zeit gekommen, daß in Westdeutschland die ganze Aufmerksamkeit, alle Anstrengungen der sozialdemokratischen Genossen, der Kommunisten, der Parteilosen, der Gewerkschaftsmitglieder darauf gerichtet werden, im gemeinsamen Kampf gegen den Militarismus und gegen die Notstandsdictatur brüderlich zusammenzuarbeiten.“

(„Tribüne“ vom 14. März 1963/Nr. 63.)

Aber 1963 ist nicht mehr 1933, denn in der Deutschen Demokratischen Republik wurden die grundlegenden Lehren des 2. Mai 1933 bereits unmittelbar nach 1945 gezogen. Heute bestehen zwei deutsche Staaten. Neben dem Staat jener Kräfte, die die Politik des 30. Januar und 2. Mai 1933 konsequent fortsetzen und wiederholen wollen, gibt es jenen Staat, in dem dieser Wege ein für allemal zu Ende ist! In der DDR wurden die Lehren gezogen, die da heißen:

Aktionseinheit und Einheit der Arbeiterklasse schützen das Volk vor der Diktatur der Monopole! Mit der Stärkung und Festigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wird dieses Werk folgerichtig fortgeführt. Die westdeutschen Imperialisten müssen, ob sie wollen oder nicht, dieser Realität Rechnung tragen, denn unsere Republik ist eine starke Bastion im Kampf der Arbeiterklasse und ein Teil des mächtigen sozialistischen Weltlagers. Sie ist eine starke Stütze der westdeutschen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften im Kampf gegen die gemeinsamen Feinde und für den Frieden. Sie ist die Gewähr, dass die Lehren des 2. Mai 1933 einmal auch in ganz Deutschland siegen werden.

